

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden!

Betrachtungen zur politischen Scharfmacherei des
bad. Zentrumsführers Geißl. Rats Th. Wacker

Von A. Weiskmann, Redakteur

:: der Freiburger Volkswacht ::

Inhalt:

Personalliches S. 5 — Herunter mit den Nationalliberalen S. 5 — Der Kampf um das direkte Wahlrecht S. 6 — Die Landtagswahlen von 1905 S. 9 — Der erste Großblock S. 9 — Die Folgen des Wackerschen Wahlerlasses S. 11 — Verwirrung im nationalliberalen Lager S. 13 — Die Reichsfinanzreform und die letzten Landtagswahlen. S. 13 — Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten S. 15 — Wie Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr bis 1907 ansah S. 17 — Die Ravensburger Rede S. 34 — Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden S. 36 — Die Einkommensverhältnisse Badens S. 41 — Die sozialdemokratische Bewegung S. 45 — Die Gewerkschaftsbewegung S. 48 — Besteht also die sozialdemokratische Gefahr? S. 51 — Die Landtagswahlen von 1913 S. 58 — Der Entscheidungskampf zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie S. 62

== Zweite Auflage. ==

Preis 25 Pfennig

Verlags- und Buchhandlungsdruckerei Freiburg i. Br., e. G. m. b. H.

1912

22119

A 6 06



Die sozialdemokratische Gefahr in Baden



Betrachtungen zur politischen Scharf-
macherei des badischen Zentrumsführers
Geistlichen Rats Theodor Wacker.

Von A. Weißmann
Redakteur der Volkswacht
in Freiburg im Breisgau.



A29519

W 12557

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek



Vorwort.

Vor 17 Jahren, im April 1895, kreuzte der Geistl. Rat Herr Wacker in einer großen Volksversammlung in Freiburg mit Wilhelm Diecknecht, unserem unvergeßlichen Alten, die Klinge. Am Tage nach diesem viel beachteten Redekampf schrieb das tonangebende Zentrumorgan des badischen Oberlandes, der Freiburger Bote: „Noch eine solche Versammlung, und die Sozialdemokratie kann die Segel streichen.“ Die damals vernichtete Sozialdemokratie erscheint heute Herrn Wacker in einem so bedenklichen Lichte, daß er das Schlagwort von der sozialdemokratischen Gefahr geprägt hat. In einer am 5. Mai 1912 in Ravensburg in Württemberg gehaltenen Rede hat er alle politischen und parteitaktischen Konsequenzen aus diesem neuen Schlagwort für das badische Zentrum gezogen; diese Rede gab den äußeren Anlaß zur Herausgabe der vorliegenden Schrift. Es soll gezeigt werden, daß die jetzige Stellungnahme Wackers zur Entwicklung und Bedeutung der badischen Sozialdemokratie sich wesentlich unterscheidet von jener, die er von 1890 bis 1907 bei allen Land- und Reichstagswahlen eingenommen hat. Das in der Schrift enthaltene Material war in Zeitungsartikeln und Broschüren verstreut und bedurfte gründlicher Sammlung und Sichtung, um ein übersichtliches Bild der sogen. Wackertaktik zu ermöglichen. Wenn das Schlagwort von der sozialdemokratischen Gefahr in der nächsten Zeit das politische Leben Badens beherrscht und zum lehrreichen Vorpiel für die nächsten Landtagswahlen wird, darf die sozialdemokratische Partei Badens nicht mit leeren Händen dastehen, will sie aufklärende Gegenagitation betreiben. Deswegen wurde auch versucht, die wirtschaftliche Gliederung der badischen Bevölkerung und die Einkommensteuerverhältnisse Badens zu schildern. Zugleich ist in der Schrift eine kurze Darlegung über die Entwicklung der badischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung enthalten.

Der stark persönlich anklingende Titel rechtfertigt sich aus der Stellung, welche Herr Wacker in seiner Partei einnimmt.

Freiburg, im Juni 1912.

Der Verfasser.

Vorwort zur zweiten Auflage

Die Diskussion, welche bisher in der rechts- und linksliberalen Presse über den Inhalt der Broschüre geführt wurde, beschäftigte sich vorwiegend mit den Kapiteln: „Besteht also die sozialdemokratische Gefahr?“ und „Die Landtagswahlen von 1913“. Es liegt jedoch

keine Veranlassung vor, eine Aenderung oder Ergänzung im Text dieser Kapitel vorzunehmen. Registriert sei nur, daß die kurz vor der Vertagung des Landtages in der Zweiten Kammer gepflogenen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und dem Großblock einige liberale Organe zu der Forderung veranlaßten: Bei den nächsten Landtagswahlen unter keinen Umständen die Wacker-Taktik, sondern Großblock-Politik wie 1905 und 1909.

Die Zentrumspresse hat bisher die Broschüre totgeschwiegen, lediglich die Freiburger Tagespost kritisierte ihren Inhalt. Sie beanstandete die Art der Verwendung der Stichwahlziffern in dem Kapitel: „Wie Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr bis 1907 ansah“. Die einzelnen Zentrumsorte wären auf ihre Stimmenabgabe zu prüfen gewesen und es hätte untersucht werden müssen, ob im großen und ganzen der Parteiparole auf Stimmenenthaltung Folge geleistet worden ist oder nicht.

Darauf ist zu bemerken, daß es nicht auf die Resultate in einzelnen Orten ankam; es war nur festzustellen: Berechtigten die Stimmenzahlen, welche der sozialdemokratische Kandidat in der Stichwahl erhalten, zu der Schlußfolgerung, daß er das Mandat mittels der ihm zugewandten Zentrumsstimmen erlangt hat? Alle andern Zahlengruppierungen waren zwecklos. — Die weitere Forderung des Kritikers der Tagespost, die Reserven zu berücksichtigen, welche jede der zwei Parteien im zweiten Waffengang erhalten hat, erledigt sich durch die Feststellung, daß dies in der Broschüre bei der Stimmenzahl der Nationalliberalen, wenn sie mit den Sozialdemokraten zur Stichwahl standen, geschehen ist. Die Reserven der Sozialdemokratie zu zählen, ist müheloses Beginnen, da fast durchgängig unsere Partei schon in der Hauptwahl den letzten Mann anbietet. Das ist jedem Wahlstatistiker bekannt. Die von der Tagespost erhobenen Einwendungen sind also belanglos; sie ändern nichts am Gesamt-Charakter der Schrift.

Wenn sich nach 4 Wochen schon eine zweite Auflage nötig macht, so dürfte damit der Beweis erbracht sein, daß die in dem Werkchen behandelten Fragen aktuell sind und die ernste Aufmerksamkeit der politisch interessierten Kreise erfordern.

Freiburg, Mitte Juli 1912.

Der Verfasser.



Persönliches.

Der Geistl. Rat Theodor Wacker in Jähringen hat auf dem Gebiete der Wahltaktik eine Lebensarbeit hinter sich; als Ziel schwebt ihm vor Augen: Freie Bahn für das Zentrum! Seit mehr als 35 Jahren arbeitet Herr Wacker daran, das badische Zentrum groß zu machen und dementsprechend den Einfluß der anderen Parteien in Baden zu vermindern. Er setzt an dieses Lebensziel seine ganze Person, seine bedeutende Arbeitskraft und seinen durch langjährige Erfahrung gefestigten Einfluß, den er bei seinen Parteiangehörigen besitzt. Es darf getrost behauptet werden, daß in keinem deutschen Bundesstaate ein Parteiführer sich seiner Aufgabe mit solcher Ausdauer, mit der zähen Hingabe widmet, wie der Führer des badischen Zentrums. Für ihn ist die Wahltaktik — nicht zu verwechseln mit Wahlpolitik — das Geheimnis aller Erfolge bei Reichs- und Landtagswahlen. Darin hat er es zu einer wahren Virtuosität gebracht und sich die Herrschaft über seine Parteigenossen bei allen Wahlaktionen unbestritten gesichert. Will man also die politischen Ziele der bad. Zentrumspartei kennen lernen, dann kann dies nur geschehen auf der Grundlage der schriftlichen Aufzeichnungen Wackers, sowie seiner öffentlichen Vorträge über die Taktik und die vor jeder Wahl erschienenen Wahlaufrufe, die mit dem Namen des Herrn Theodor Wacker als 1. Vorsitzenden des Wahlkomitees unterzeichnet sind. Diese politischen Dokumente Wackers sind nicht leicht hingeworfene Tagesprodukte; Abfassung, Stil und Inhalt der parteitaktischen Manifeste zeugen vielmehr von gründlicher Beherrschung des Stoffes, von tiefem Nachdenken und von klarem Willen. Daraus ergibt sich für uns: Wir haben den Führer des badischen Zentrums, Herrn Geistl. Rat Theodor Wacker in Freiburg-Jähringen, ernst, sehr ernst zu nehmen. Wir müßten es eines Tages bitter büßen, wenn wir die vielfach geübte Gepflogenheit der liberalen Presse, Wacker mit einigen oberflächlichen, nichts sagenden Redensarten abzutun, nachahmen wollten.

Herunter mit den Nationalliberalen!

Die nachhaltigsten Eindrücke bei seinem ersten politischen Auftreten in Baden empfing der junge Kaplan unter der liberalen Herrschaft. Sein kritischer Blick erkannte sofort, daß gegen dieses Ge-

wahlssystem nur zäher, unerbittlicher Kampf am Plage war, sollten der Sache der katholischen Kirche und ihrer politischen Vertretung, der badischen Zentrumsparthei, irgendwelche Erfolge beschieden sein. Die Nationalliberalen hatten — dank dem auch noch in Baden bestehenden indirekten Wahlrecht — im Landtag von 63 Sitzen 47 Sitze inne; sie vertraten auch im Reichstag die badischen Kreise fast sämtlich. In den Legislaturperioden 1874 und 1877 waren von den 14 Reichstagswahlkreisen nicht weniger als 11 nationalliberal vertreten. Das Klassenwahlrecht für die Gemeinde sicherte ihnen die unumschränkte Herrschaft auf den Rathhäusern der Städte und größeren Orte; in der Verwaltung dominierte der liberale Einfluß, und er gebärdete sich um so unduldsamer, je heftiger die anderen Bevölkerungsklassen an die liberalen Tore pochten und das Mitbestimmungsrecht an den Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft begehrten. Das alles sah Wacker; er erlebte noch zum Teil die badische Kulturkampfperiode, die Verfolgung der katholischen Geistlichen, ihre Einkerklerung, die Sperrung des Gehaltes, die Nechtung der Neupriester und alle die Auswüchse der mit den sogenannten Waigeseßen im innigsten Zusammenhang stehenden Zwangsmaßregeln gegen die katholische Kirche, die eine maßlose Erbitterung hinterließen und um die Katholiken Badens jenen eisernen Ring der Zusammengehörigkeit gelegt haben, den die nichtzentrumlichen Parteien noch heute bei den Wahlen nur unter Aufwand äußerster Kräfte zu lockern vermögen.

Der traditionelle liberale Beamtenhochmut, der im Verkehr mit dem Bauern und dem Arbeiter stets recht fühlbar den „Herrn“ herausstreckte, der liberale Fabrikanten-Terrorismus, der in den 80er und 90er Jahren noch im Wiesental den katholischen Arbeitern den liberalen Stimmzettel bei den Wahlen in die Hand drückte und sie nach ostelbischer Junkermanier unter dem Kommandoruf: Hände hoch! an die Wahlurne beorderte — diese und andere liberale Attentate auf die politischen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Staatsbürger arbeiteten dem kühnen Reformers am politischen Leben des Musterländles Baden prächtig in die Hände, und sein Entschluß war gefaßt: Herunter mit den Nationalliberalen!

Der Kampf um das direkte Wahlrecht.

Wacker warf sich mit wahren Feuereifer in das politische Getriebe. Er kandidierte zum deutschen Reichstage, zum badischen Landtage, und als er 1879 in den letzteren gewählt war, schallte das Echo der Kulturkampfgesetze, denen sich später das politische und verwaltungsrechtlich gleich brutale System Eisenlohr mit seiner Protegierung der Nationalliberalen und der Billigung der Wahllosigkeit der Oberamtänner anschloß, mit bis dahin nur selten gekannter Heftigkeit in das Karlsruher Rondell hinein. Die parlamentarischen Kämpfe, die der streitbare Priester mit den liberalen Führern dieser

und Kiefer und mit dem Ministerium Eisenlohr ausgefochten, erregten in Baden und darüber hinaus berechtigtes Aufsehen und hoben den Abgeordneten Wacker bald aus den Reihen seiner Parteigenossen heraus und stellten ihn an die Spitze der badischen Zentrumsparthei. Denn Wacker ist ein Kämpfer; politische Sentimentalität ist ihm fremd. In diesem Kampfesdrang, der mit den eigenen Parteifreunden ebenso rücksichtslos verfährt, wie mit dem politischen Gegner, liegt Wackers Stärke. Hansjakob, der bekannte Volkschriftsteller und Pfarrer von St. Martin in Freiburg, hat gewiß zugegeben, „daß damals das System Wacker am Plage war“, aber er hat auch vor mehr als 30 Jahren sich über die Kampfesmethode Wackers wie folgt geäußert:

„In der reinsten Revolversprache wurde im Freiburger Boten über mich hergefallen und mir kurzerhand Ehrlosigkeit und Schamlosigkeit vorgeworfen. Der Redakteur dieses Blattes, ein junger Kaplan (eben Wacker!), hat nach Königer Art gegen mich gewüthet. Es muß in der Dreifamstadt in religiös-politischer Hinsicht bedenklich aussehen, wenn ein Mann von dem Fanatismus und dieser unpristerlichen Rücksichtslosigkeit die erste Rolle in der öffentlichen politischen Vertretung spielen kann. Im übrigen braucht man diesem Herrn nur einmal gerade ins Gesicht zu sehen, und man weiß, mit wem man es zu tun hat.“

*

Was halfen aber in den 80er und 90er Jahren alle rednerischen Kammer-Erfolge, wenn das indirekte Wahlrecht und die noch ungerechtere Wahlkreiseinteilung den Nationalliberalen im badischen Landtage die parlamentarische Mehrheit sicherte?! Deshalb beherrschte die Wahlreform jahrelang das politische Leben Badens. Fort mit dem indirekten Wahlrecht! Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts! Neue Wahlkreiseinteilung! Diese Forderungen wurden immer lauter und dringlicher im Parlament, in der Presse und in den Volksversammlungen erhoben. Und zwar um so nachhaltiger, als sich die Nationalliberalen mit allen Mitteln gegen die Reform des Wahlrechts sträubten.

Die nationalliberale Mehrheit in der 2. Kammer also zu brechen, — koste es selbst „unnatürliche“ politische Bündnisse — war das große Problem, das sich der Taktiker Wacker stellte. Mit dem Zentrum waren Freisinnige, Demokraten und Sozialdemokraten gleichfalls in die Minderheit gedrängt. Herr Wacker zögerte deshalb bei allen Reichstags- und Landtagswahlen in den 90er Jahren und noch in der ersten Hälfte des jüngsten Jahrzehnts nicht im geringsten, die Parole auszugeben: Unter keinen Umständen Unterstützung eines Nationalliberalen! Damit förderte er selbstverständlich „die rote Gefahr“; denn: Gegen die Nationalliberalen! bedeutete bei den Stichwahlen gar nichts anderes als die Stimmenabgabe für die Sozialdemokratie, die dadurch bei den Reichs- und Landtagswahlen in

den Großstädten mit Zentrumshilfe den Sieg davontrug. Der sozialdemokratische Sieg in Mannheim bei den Reichstagswahlen von 1890, die beiden Karlsruher sozialdemokratischen Landtagsmandate von 1897, die sozialdemokratischen Reichstagswahl Siege von Karlsruhe und Pforzheim in den Legislaturperioden 1898, 1903 und 1907 sind wahlstatistisch nachweisbar auf das Konto der Wackersehen Wahltaktik zu setzen. In dieser Zeit gab es für Herrn Wacker keine „sozialdemokratische Gefahr“, und wenn man ihn in der Kammer und in der Presse der unbedingten Förderung der Sozialdemokratie zieh — und die Nationalliberalen ließen es daran nicht mangeln —, dann wies er mit seiner bekannten unübertroffenen Auslegungsfunktion nach (siehe seine 1900 erschienene Broschüre: Wer fördert die Umsturzbestrebungen; wer hat der Sozialdemokratie bei Wahlen direkte und indirekte Hilfe geleistet?), „daß die herrschende Partei (die Nationalliberalen) und die großh. Regierung das Möglichste getan hätten, um katholische Wähler zur Stimmenabgabe für sozialdemokratische Kandidaten förmlich zu drängen, wenn man dadurch nationalliberale Niederlagen herbeiführen könne. Die Regierung reizte die Katholiken durch ihre Behandlung der kirchlichen Fragen direkt an, in gewissen Fällen die Wahl von Sozialdemokraten zu fördern.“ Und der eifrige Wahlstrategie hüllte sich in die schützende Toga des echten Volksvertreters und erklärte mit voller Seelenruhe:

„Nun, wenn das Zentrum wirklich die sozialdemokratische Partei bei Wahlen unterstützen würde, um die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten zu vermindern und dadurch erwünschte Kammerbeschlüsse zu ermöglichen, so wäre der Zweck ein durchaus unanfechtbarer. Auch das Mittel wäre wenigstens gesetzlich und staatsrechtlich tadellos. Gesetzlich und staatsrechtlich ist die Wahl von Sozialdemokraten gerade so statthaft, wie die von Nationalliberalen oder Konservativen, Demokraten oder Zentrumsleuten.“

Natürlich stellte sich die öffentliche Meinung, der die Wahlfreiheit etwas galt, nicht auf die Seite der Nationalliberalen, sondern auf die Seite des für die Wahlreform kämpfenden Wacker, und die Feinde des indirekten Wahlrechts nahmen an Zahl und Einfluß ständig zu, obwohl der nationalliberale Führer dieser mit rücksichtsloser Offenheit in der Kammeritzung vom 14. Mai 1892 sich zum Fortbestand dieser Fälschung des Wählerwillens durch die Worte bekannt hatte: „Man kann uns doch nicht zumuten, den Ast abzuschneiden, auf dem wir sitzen!“ Aber die Saat war reif, das indirekte Wahlrecht fiel, und mit der Einführung des allgemeinen und direkten Landtagswahlrechts war Wacker am Ziel seiner parlamentarischen Wünsche! Hat er die Früchte eingeheimst?

Die Landtagswahlen von 1905.

Die badische Zentrumsparlei suchte auf jede Weise in die verschiedenen Bevölkerungsschichten einzudringen, um zugleich parteipolitische Interessen zu fördern. Sie gründete den Badischen Bauernverein als Gegengewicht gegen den „liberalen“ Landwirtschaftlichen Verein, sie verschaffte sich unter den städtischen Handwerkern Anhang, um den Einfluß der liberalen Bezirksvereine zu paralyfieren und in den katholischen Arbeitervereinen glaubte man eine Schutzwehr gegen die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften geschaffen zu haben. In allen diesen Körperschaften hütete man sich, die konfessionellen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu rücken, aber man schloß doch die betreffenden Berufsstände von anderen Parteien geflissentlich ab und kochte ganz im stillen sein Partei Süppchen. Wacker nutzte die politische Mißstimmung, die sich gegen die Nationalliberalen wegen ihrer ablehnenden Haltung in der Wahlrechtsfrage im Lande angesammelt hatte, reichlich aus und betrieb die Agitation für die erste Landtagswahl unter dem direkten Wahlrecht mit maßloser Hestigkeit. Der bekannte Wackersche Wahlerlaß — siehe nächstes Kapitel — war von den katholischen Geistlichen eben doch so aufgefaßt worden, daß sie sich nicht nur um das Lesen katholischer Zeitungen, sondern auch um „richtige Wahlen“ kümmern sollten. Dieser intensiven Tätigkeit entsprach auch das Wahleresultat: 28 Mandate im ersten Wahlgang und 125 000 Stimmen. Es sah also für das Zentrum äußerst vorteilhaft aus. Zwar wurde die Fraktion im zweiten Wahlgang auf diese 28 Sitze beschränkt; immerhin rückte sie mit den 4 Konservativen an die absolute Mehrheit stark heran. Ein Mandatsvergleich mit dem letzten Landtag unter dem indirekten Wahlrecht und der neuen Situation ergibt das folgende Bild, bei dem zu berücksichtigen ist, daß der alte Landtag 63 Sitze, der neue 73 enthielt:

| | Natlib. | Zentr. | Soz. | Dem. | Freif. | Konsf. | |
|------|---------|--------|------|------|--------|--------|------|
| 1903 | 25 | 23 | 6 | 6 | 2 | 1 | = 63 |
| 1905 | 23 | 28 | 12 | 5 | 1 | 4 | = 73 |
| | — 2 | + 5 | + 6 | — 1 | — 1 | + 3 | |

Der erste Großblock.

Neue Verhältnisse schaffen oft rasch andere Parteikonstellationen. Nach dem ersten Wahlgang von 1905 rückte die nicht zu unterschätzende Gefahr einer konservativ-zentriemlichen Herrschaft in bedenkliche Nähe und in den Parteilagern der Liberalen und der Sozialdemokratie gewann der Gedanke eines wahltaktischen Zusammengehens die Oberhand. Aber die Ausführung war nicht allzu leicht. Noch lebte zu stark die Erinnerung an die Mehrheitsbildung im alten Landtag und die frühere Stichwahltaktik zwischen dem Zentrum, den Links-

liberalen und den Sozialdemokraten. Zudem lief ein solches Zusammengehen auf ein bedenkliches politisches Experiment hinaus, das noch in keinem deutschen Bundesstaate ausprobiert worden war. Vor allem befürchtete die Sozialdemokratie, daß die Scheu vor dem roten Tuch im nationalliberalen Lager noch immer sehr groß sei und nicht zur Wahl von Sozialdemokraten durch Liberale führen würde, während sich unsere Partei auf ihre geschulten Truppen schon verlassen konnte. Und wenn der Plan mißlang, dann saß das Zentrum erst im sicheren Mehrheits-Sattel, und die anderen Parteien hatten verlorenes Spiel. Aber der Großblock lag förmlich in der Luft. Sogar in der Karlsruher Zeitung, dem Sprachrohr der badischen Regierung, war in wenigen Sätzen eine — Sympathie für den Großblock ausgesprochen, die später im Landtag und in der politischen Presse jahrelang kommentiert wurde. In einer Erörterung des Ausfalls des ersten Wahlganges war u. a. gesagt,

„daß jedenfalls im zweiten*) Wahlgang Bündnisse zustande kommen, an die bis jetzt niemand geglaubt habe.“

Damit sollte die Regierung indirekt ihre feierliche Zustimmung zum Großblock-Bündnis ausgesprochen haben und man sah in dem inzwischen verstorbenen Minister Schenkel, der damals das Ministerium des Innern leitete, den eigentlichen Vater des Großblocks. Unbestritten dürfte heute sein, daß der vom Zentrum stark gehakte Schenkel die obige Notiz inspiriert, wenn auch nicht selbst geschrieben hat. Jedenfalls hat sie nicht den Einfluß auf die Großblockparteien ausgeübt, den das Zentrum ihr stetig zugeschrieben. In der Kammer erklärte später Abg. Obkircher, daß die Stellung der Regierung zum Großblock für die Nationalliberalen beim Abschluß des Bündnisses nicht maßgebend war. Und daß die Sozialdemokratie nicht auf das Ministerwort wartete, um ihre Entscheidung zu treffen, liegt auf der Hand. Die Sozialdemokratie verschaffte sich nur Rückendeckung insofern, als sie es ablehnte, die Abmachungen sozusagen unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit zu vollziehen, wie das von manchen Liberalen gern gewünscht wurde. Ganz im Gegenteil bestand das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee auf Publikation des Bündnisses in der liberalen und sozialdemokratischen Presse, um gewissen liberalen Politikern die Möglichkeit zur Ausrede zu nehmen: Mein Name ist Gase, ich weiß von nichts!

Durch die öffentliche Bekanntmachung waren die Mitglieder beider Parteien über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet und mit dem Ernst der politischen Verantwortung vertraut gemacht. Dieser nachdrückliche Appell an die Wähler hat auch bewirkt — was gar nicht einmal erwartet werden konnte —, daß die wahltaktischen Ab-

*) Nach § 67 des Landtagswahlgesetzes gibt es in Baden keine Stichwahlen, sondern nur den zweiten Wahlgang, an welchem wieder alle Kandidaten teilnehmen können, die mehr als 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben.

machungen von den Liberalen und von den Sozialdemokraten glänzend gehalten wurden. Ein Vergleich zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang ergibt:

| | 1. Wahlgang | 2. Wahlgang |
|------------------|-------------|----------------|
| Zentrum | 28 | — |
| Nationalliberale | 14 | 9 |
| Sozialdemokraten | 5 | 7 |
| Demokraten | 2 | 3 |
| Freisinnige | — | 1 |
| Konservative | 1 | 3 |
| | 50 | 23 |
| | | + 50 |
| | | 73 Abgeordnete |

Der Zweck des Bündnisses, die zentriemlich-konservative Herrschaft dem Lande Baden zu ersparen und einer freiheitlichen Politik die Wege zu ebnet, war also erreicht worden; das Zentrum erlangte nicht ein einziges Mandat mehr. Die Linksparteien verfügten über die absolute Mehrheit. Der neue Landtag bot bezüglich der Parteigruppierung das folgende Bild:

| Die Rechte (Zentrum und Konservative) | Die Linke (Liberalen und Sozialdemokraten) |
|------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| 28 | 29 |
| 4 | 12 |
| 32 | 41 Sitze |

Herr Wacker war von diesem Ausgang überrascht; mit der Möglichkeit, daß ihm die Wahlernte mit Hilfe der Sozialdemokratie so arg beschnitten werden könnte, hatte er nicht gerechnet. Die „sozialdemokratische Gefahr“ tauchte zum ersten Male auf!

Die Folgen des Wackerischen Wahlerlasses.

Eine der ersten Arbeiten des neuen Landtages waren die Wahlprüfungen, die sich diesmal recht gründlich notwendig machten, weil die katholischen Geistlichen einen Wahlerlaß Wackers, für die Zentrums- und Liberalenpresse eifrig Propaganda zu machen, allzu wörtlich genommen hatten. Der bekannte Meineidsprozeß des Pfarrers Gajert, seine Aufforderung an die Wähler: Wenn ihr zum Pfarrer beichten und kommunizieren kommt, müßt ihr auch wählen, wie der Pfarrer will, oder: Wer mit seinem Pfarrer in den Himmel kommen will, muß wählen, wie der Pfarrer wählt, und ähnliche Verstöße gegen die Bestimmungen des Wahlgesetzes, wie sie auch anderen Geistlichen nachgewiesen waren, führten u. a. zur Ungültigkeitserklärung der Wahlen in Bonndorf-Waldshut, Ettlingen-Rastatt

und Stadt Bruchsal, woselbst die Zentrumsabgeordneten Wittemann, Belzer und Wiedemann gewählt worden waren.

Nun schwenkte das Zentrum den roten Lappen. Abg. Koppf verteidigte die Wahlthätigkeit der katholischen Geistlichen mit dem Argument:

„Sollen die Geistlichen auch negativ bleiben, wenn die Sozialdemokraten aufs Land gehen und die Revolution predigen?“

Gegenüber dieser Besorgnis um die Rettung des Staates vor dem Umsturz mußte die Regierung in die gebotene Hand einschlagen und Minister Schenkel replizierte darauf: „Wenn der Geistliche auf der Kanzel predigt, daß dem Landesherrn die Treue zu wahren und der Umsturz zu bekämpfen sei, so ist das berechtigt.“ Also Thron und Altar in trauer Verbindung im Kampfe gegen den Umsturz. Was wollte man mehr? Das Zentrum mußte sich doch oben in empfehlende Erinnerung bringen.

Die kassierten Wahlen und das Wahlopfcr Gaisert bereiteten auch Herrn Wacker einige Kopfschmerzen. Er hatte ein Mandat für den neuen Landtag nicht mehr angenommen, denn er war schon 1903 ausgeschieden, nachdem er — mit geringer Unterbrechung — seit 1879 der zweiten badischen Kammer angehört hatte. Man hat viel darüber debattiert, warum sich Wacker dem Parlament jetzt fernhält; der Schleier dürfte vielleicht erst nach Wackers Tod von diesem Geheimnis gezogen werden. Jedenfalls steht soviel fest, daß ihm jederzeit ein bombensicheres Mandat — und deren hat das Zentrum für den badischen Landtag in reichlichem Maße — zur Verfügung gestellt würde, falls er einen diesbezüglichen Wunsch bekundete. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, Wacker betrachtete sein nächstes Ziel: Einführung der direkten Wahl und neue Wahlkreiseinteilung als erreicht. Die Ausübung eines Landtagsmandats bringt viele Zeitverluste, er (Wacker) könne also der Partei besser dienen, wenn er sich nur noch seiner Lebensaufgabe: die „richtige“ Wahltaktik für das Zentrum zu finden, widme. Zudem mögen wohl auch die Diplomaten des Zentrums, die Fehrenbach, Lauck, Schüler usw., mit Wackers Ausscheiden im stillen einverstanden gewesen sein, denn von 1905 ab war eine andere Taktik für das Zentrum am Platze, als das Draufgängersystem Wackers.

Also Wacker bekam es nach den Landtagswahlen von 1905 mit der bloßen Angst zu tun, und er erklärte feierlich im Badischen Beobachter, „daß nicht das Zentrum, sondern er persönlich für den Wahlerlaß die Verantwortung trage. Es sei bei der Formulierung des Rundschreibens an die katholischen Geistlichen zu wenig Bedacht auf den Unterschied zwischen seelsorgerischer und staatsbürgerlicher Tätigkeit der Priester genommen worden; man habe auch nicht damit gerechnet, daß der in einem verschlossenen Privatbrief versandte Erlaß „dem Feinde“ — der Erlaß gelangte durch die nationalliberale Presse an die Öffentlichkeit — ausgeliefert werden könnte.“ Nun,

der Unterschied wird heute so wenig wie damals gemacht und insofern darf Herr Wacker ruhig als der Vater der Heze gelten, die kurzzeit wieder von der Kanzel herunter gegen die liberale und sozialdemokratische Presse injiziert wird.

Die Verwirrung im nationalliberalen Lager.

Im weiteren Verlaufe der Landtagsperiode gab sich das Zentrum und vor allem seine Presse ersichtlich Mühe, zwischen den Großblockparteien Verwirrung zu stiften, als die Nationalliberalen von ihnen ständig als Hörige der Sozialdemokratie bezeichnet wurden. Die schlauen Taktiker hatten damit insofern Erfolg, als auch die badische Regierung ein heimliches Kompromiß mit der konservativ-zentriemlichen Reaktion schloß, da die Angst vor der erstarkten Sozialdemokratie die anderen Bedenken in den Hintergrund schob. Diese Bestrebungen wurden gekrönt durch die Wahl des Zentrumsabgeordneten Fehrenbach zum 1. Präsidenten und Ausschluß der Sozialdemokratie vom Präsidium in der Session 1907/08, nachdem 1905/06 zum erstenmal ein sozialdemokratischer Vizepräsident in dem Gen. Ab. Geck gewählt worden war. Der Großblock schien gesprengt, das Zentrum wählte sich am Ziel seiner Wünsche. Es kam wieder anders!

Die Reichsfinanzreform und die letzten Landtagswahlen.

Das badische Zentrum mußte die politischen Sünden, welche der schwarzblaue Block im Sommer des Jahres 1909 begangen, am ehesten, und man möchte sagen, am schlimmsten büßen. Die gesamte Landtagswahlagitation stand unter dem Zeichen der Finanzreform, also einer Angelegenheit, mit der sich nur der Reichstag zu beschäftigen hat. Die maßlose Wut des Volkes, daß man ihm abermals fast 500 Millionen Mark neue Steuern aufgeladen und die Besitzenden infolge der schamlosen Ablehnung der Erbschaftssteuern von den Lasten nahezu völlig befreit hatte, schuf eine für die Sozialdemokratie äußerst günstige, für das Zentrum ungemein fatale Situation. In den Zentrumsversammlungen kam es häufig zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den bisherigen Wählern und den Zentrumskandidaten, welche das konservativ-kerikale Machwerk zu verteidigen hatten. Am 21. Oktober fand der erste Wahlgang zu den Landtagswahlen statt, knapp wenige Wochen danach, als die letzten Steuern Gesetzeskraft erlangt hatten. Der Ausfall bedeutete für das Zentrum eine bedeutende Niederlage. Zwar unterstützte es schon im ersten Wahlgange, wo für die eigene Partei Vorteile nicht zu erreichen waren, die konservativ-bündlerisch-mittelständlerischen Kandidaten und trat nur in 53 Kreisen mit Partei-Kandidaturen hervor, immerhin nahm es trotz starker Wahlbeteiligung und erheblicher Bevölkerungszunahme an Stimmen und Mandaten ab. Da sich infolge dieser

Konstellation die eigenen Stimmen des Zentrums nicht zählen lassen, ermöglicht sich ein Vergleich nur auf der nachfolgenden Basis:

| | 1909 | Seit 1905 |
|--------------------------|---------|-----------|
| Zentrum und Konservative | 121 382 | — 17 600 |
| Die liberalen Parteien | 98 211 | — 7 718 |
| Sozialdemokratie | 86 078 | + 35 647 |

Die Sozialdemokratie hatte also um 71 Prozent an Stimmen zugenommen, die vereinigte Rechte dagegen um 13, die Liberalen um 7 Prozent abgenommen. Ebenso schlimm äußerte sich die Wirkung der Streichholzsteuerwahlen, wie sie im Volksmunde wegen der neuen Streichholzsteuer kurzweg getauft wurden, in der Zahl der Mandate. Der Kampf war nur in 38 Kreisen im ersten Wahlgang entschieden worden. Es entfielen auf

| | 1909 | 1905 |
|-----------------------|------------|------------|
| das Zentrum | 23 Mandate | 28 Mandate |
| die Sozialdemokratie | 10 Mandate | 5 Mandate |
| die Nationalliberalen | 4 Mandate | 14 Mandate |
| die Demokraten | 1 Mandat | 2 Mandate |

Das entscheidende Merkmal des ersten Wahlganges war also die wesentliche Abnahme der Stimmen der bürgerlichen Parteien und das starke Anschwellen der Sozialdemokratie. Der liberale Block kam nicht in allen Kreisen zustande, und so ergab sich infolge dieser Uneinigkeit und der schwankenden Haltung der Nationalliberalen zu den Steuerfragen, ehe der schwarzblaue Block ihnen das Steuerheft aus der Hand nahm, ein Rückgang auch bei den Liberalen. Zwar erholte sich die Rechte im zweiten Wahlgange wieder etwas, denn das Zentrum gewann noch 3 und die Konservativen ebenfalls 3 Mandate, immerhin war das Zentrum an Mandaten geschwächt und an politischem Einfluß stark diskreditiert aus der Wahl hervorgegangen. Die vereinigten liberalen Parteien und die Sozialdemokraten hatten wieder das Großblockbündnis abgeschlossen; die letzteren vermehrten ihre Mandate um 10, die Nationalliberalen um 13 und die Linksliberalen um 6, so daß der neue Landtag gegenüber dem vorigen sich wie folgt präsentierte:

| | 1909 | 1905 |
|------------------|------|--------|
| Zentrum | 26 | 28 — 2 |
| Sozialdemokratie | 20 | 12 + 8 |
| Nationalliberale | 17 | 23 — 6 |
| Demokraten | 6 | 6 — |
| Freisinnige | 1 | 1 — |
| Konservative | 3 | 4 — 1 |

Die Linke ist also 1909 gestärkt, die Rechte geschwächt worden; es stehen 44 Sitze der Großblockparteien 29 Sitzen des Zentrums und der Konservativen gegenüber. Die Mehrheit der Wähler hat die Quittung für das schmachliche Spiel des schwarzblauen Blocks bei

der Gestaltung der Reichsfinanzreform gegeben, so daß wenige Tage nach der Wahl selbst der *Badische Beobachter*, das Zentralorgan der Zentrumspartei, das folgende Bekenntnis ablegte:

„Die Reichsfinanzreform war eine zu starke Belastung für weite Kreise des Volkes. Ohne Zweifel wäre ein größerer Widerstand gegenüber einigen schlechten, von der Regierung vorgeschlagenen Steuern am Platze gewesen. Zündholzsteuern und Kaffeezoll, in geringerem Maße Ablehnung der Erbanfallsteuer haben das Resultat mit verursacht.“

Es war mithin nicht der Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen das Zentrum, wie Herr Wacker die Kritik an der Reichsfinanzreform bezeichnete, sondern die berechtigte Empörung der breiten Wählermassen über das skandalöse Verhalten der ehemaligen Volkspartei.

Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten.

Im direkten Anschluß an den Wahlausfall von 1909 nahm Herr Wacker den Wechsel der für das badische Zentrum einzuhaltenden Taktik vor. Er proklamierte im *Bad. Beobachter*: Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten! Die Gefahr bestand für ihn nicht mehr in der Herrschaft der liberalen Partei, denn die Nationalliberalen hatten auch bei dieser Landtagswahl schlecht abgeschnitten. „Die Nationalliberalen sind für uns überwunden; sie kommen für uns nur noch als Verbündete der Sozialdemokratie in Betracht!“ So äußerte sich Herr Wacker. Und er wiederholte diese Auffassung kurz vor den Reichstagswahlen 1912, denn er sagte in der Delegiertenversammlung der Vertrauensleute des Zentrums, die am 22. November 1911 in Freiburg stattfand:

„Wir haben in heftigen Kämpfen unsere ursprünglichen Gegner überwunden. Die Nationalliberalen haben wir nicht mehr zu fürchten. Wir haben sie so gründlich überwunden, daß es in ganz Baden keinen Reichstagswahlkreis mehr gibt, den die Nationalliberalen halten könnten, und daß unter den 73 Landtagswahlkreisen es kein halbes Duzend mehr gibt, das die Nationalliberalen ohne jegliche Hilfe festhalten können. So haben wir die Nationalliberalen überwunden.“

Welche Siegeshoffnung, welche Genugtuung spricht aus diesen Worten; sorgen wir recht gründlich dafür, daß Herr Wacker oder ein anderer Führer des badischen Zentrums nicht einmal feststellen kann: So haben wir die Sozialdemokratie überwunden! — Auch Herr Rechtsanwalt Trunk in Karlsruhe, der an leitender Stelle in der Karlsruher Zentrumspartei sitzt, erklärte Ende 1911 in einer Wählerversammlung: Mit den Nationalliberalen sind wir fertig!

Um so größer sicht Herr Wacker jetzt die sozialdemokratische Gefahr an, und er hat auch nicht verfehlt, diesen Frontwechsel in der Taktik des Zentrums in aller Freimütigkeit und mit der Herrn Wacker auszeichnenden Logik zu begründen. Ganz abgesehen von den polemischen Artikeln im Bad. Beobachter, die ihre Spitze gegen die „neue Gefahr“ richten, führte er im Juli 1911 in einer längeren Rede in Pforzheim aus:

„Die Frage nach der sozialdemokratischen Gefahr in Baden ist eine Frage der Dauer, die eine Generation an die andere übergibt als ein Erbe der Last und Sorge. Als eine Frage der Gefahr muß sie bezeichnet werden; denn ihr Grundcharakter und ihr wesentlicher Inhalt ist eben Gefahr. Gefahr für den Staat und dessen Ordnung, Gefahr für die Kirche und deren Wirksamkeit, Gefahr für die Gesellschaft und deren Wohlergehen. Wenn diese Gefahr nicht überall in ihrer Größe und Dringlichkeit erkannt und entsprechend gewürdigt wird, so kann man das nur beklagen.“

In dem letzteren Satz kündigt Herr Wacker bereits an, daß er es nunmehr als seine Aufgabe betrachte, die Größe und Dringlichkeit der Gefahr der Öffentlichkeit zu schildern. Denn damit muß innerhalb der badischen Sozialdemokratie gerechnet werden: Herr Wacker predigt diese Gefahr der Regierung, predigt sie den anderen Parteien, predigt sie der bürgerlichen Gesellschaft und erhofft dadurch, daß alle diese Gewalten und Körperschaften sich seiner Auffassung anschließen und zu Maßregeln gegen die sozialdemokratische Gefahr bereit finden lassen. — In allen seinen weiteren Reden, Wahlaufrufen und Zeitungsartikeln kehrt nunmehr die sozialdemokratische Gefahr wieder. Im Zentrums-Wahlaufruf zur Reichstagswahl 1912 (unterzeichnet Theodor Wacker) lesen wir:

„Wir beklagen den täglich wachsenden Einfluß des sozialdemokratischen Geistes im öffentlichen Leben unseres Landes. Im Grunde genommen ist dieses Erstarken der Sozialdemokratie bedenklicher als deren Zunahme an Stimmen und Mandaten. Eines hängt mit dem anderen innig zusammen. Und Kampf um die Mandate in Baden ist im wesentlichen ein Kampf gegen das weitere Vordringen des sozialdemokratischen Einflusses.“

Wie immer wollte Herr Wacker zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Januarwahlen 1912 haben der Sozialdemokratie zwar zwei Mandate gekostet, aber das weitere Vordringen der Sozialdemokratie haben sie nicht zu hindern vermocht, denn unsere Partei hatte am 12. Januar eine Zunahme von 23 700 Stimmen zu verzeichnen. Herrn Wacker war es darum zu tun, den nötigen Sozialistenfurchen zu verbreiten und so proklamierte er den Kampf gegen uns in dem erwähnten Wahlaufruf für die Reichstagswahl 1912 noch wie folgt:

„Wir haben heute ganz andere Gegner zu bekämpfen: nicht die nationalliberale Partei, auch nicht der gesamte Liberalismus ist der Gegner und Feind, sondern Liberale und Sozialdemokraten im Großblock vereint, in welchem die Sozialdemokraten das erste und entscheidende Wort sprechen.“

Auch hier sehen wir wieder geflüchtigliches Hervorheben der Sozialdemokratie zu dem bestimmten Zwecke, den Zentrumsanhängern zunächst die Bekämpfung dieser Partei anzuempfehlen. Ja, Herr Wacker war schon im Anschluß an den Ausgang der Landtagswahlen von 1909 bereit, mit „rechtsstehenden Nationalliberalen“, wie er sich ausdrückte, gemeinsame Sache zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu machen. Er hat seine damalige Prophezeiung wahr gemacht und bei den verfloffenen Reichstagswahlen dem nationalliberalen Kandidaten Wittum im Pforzheimer Kreis und (bei der Stichwahl) im Karlsruher Kreis dem Demokraten Dr. Haas gegen die Sozialdemokratie zum Sieg verholfen. Des Wahlstrategen Ruf: Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten! löst sich bei näherer Betrachtung der Wackertaktik in das Programm auf: Der Hauptkampf der badischen Zentrumsparlei gilt der Sozialdemokratie!

Wie Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr bis zum Jahre 1907 ansah.

In den letzten Jahren ist darüber in der Agitation wie in der Presse viel geschrieben worden. In der Tat besteht zwischen der früheren Begünstigung der Sozialdemokratie durch Wacker bei fast allen Wahlen zum Reichs- und zum Landtage und der jetzigen politischen Scharfmacherei des badischen Zentrumsführers ein klaffender Widerspruch. Herr Wacker leugnet dies zwar und hat in der schon erwähnten Broschüre: „Wer fördert die Umsturzbestrebungen?“ das Gegenteil zu beweisen versucht. Allein die Wahlziffern und schriftliche und mündliche Darlegungen des Herrn Wacker bestätigen diesen Widerspruch, wie weiter unten nachgewiesen wird. Stellt man ihn also fest, so bleibt nur übrig, ihn zu erklären. Und da leitet die parteitaktische Tätigkeit Wackers in den letzten zwei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts von selbst auf die Spur: Im Kampfe um die Niederringung und Bezwingung der Nationalliberalen und unter Berücksichtigung der eben erst sich entwickelnden Sozialdemokratie galt ihm die letztere als ein nebensächlicher Faktor. Für Wacker war sie, wenn das Zentrum zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten den Ausschlag gab, stets nur das kleinere Uebel, mit dem man sogar noch die Schwächung des Hauptgegners zum Teil erreichen konnte. Da Wacker in erster Linie nur Taktiker ist, wie schon wiederholt hervorgehoben, hat er sich wenig oder gar nicht um die geschichtlichen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen, auf welchen die heutige Sozialdemokratie basiert, gekümmert.

Er rechnete nie mit der Möglichkeit, daß sie ihm in seinen Bestrebungen, freie Bahn für die Herrschaft des Zentrums in Baden zu schaffen, zum entscheidenden Hindernis werden würde. Seine politische Kalkulation bewegte sich in der Richtung, erst die Nationalliberalen aus ihrer ausschlaggebenden Stellung im badischen Musterlande zu drängen; mit der Sozialdemokratie als der kleineren und „einflußlosen“ Partei werde er schon fertig.

Darin hat er sich getäuscht, und darin liegt der große Rechenfehler in seiner nun fast vierzigjährigen Lebensarbeit. Ein Taktiker aber, der in solchen entscheidenden Fragen bekennen muß: Ich habe mich geirrt! darf nicht beanspruchen, daß seine heutige Schilderung von der sozialdemokratischen Gefahr mit voller Ueberzeugung hingenommen wird. Solange der badische Zentrumsführer seine warnende Stimme gegen die Sozialdemokratie erhebt, wird ihm der blinzende Spiegel seiner früheren Taktik vor die Augen gehalten werden. Wir stellen also auf Grund mancherlei Aufzeichnungen und zum Teil unter Benutzung des Materials aus Heft 4 der badischen nationalliberalen Bibliothek: „Zentrum und Sozialdemokratie in Baden“ die einzelnen Etappen der früheren Wacker-Taktik zusammen.

1890.

Im Wahlkreise Mannheim-Schwezingen gelangte bei der Reichstagswahl am 20. Februar 1890 unser verstorbener Parteigenosse August Dreesbach zum erstenmal in die Stichwahl. Sein nationalliberaler Gegner hatte 9872 Stimmen erhalten, auf Dreesbach waren 8701 Stimmen, auf den vom Zentrum unterstützten Kandidaten der Demokraten 7705 Stimmen entfallen. Das politische Interesse des Zentrums gebot es, dem konservativ-nationalliberalen Kartell, das seit den Septennatswahlen von 1887 sich in schwerster Weise an den Volksinteressen veründigte (Verlängerung der Gesetzgebungsperiode von 3 auf 5 Jahre zc.) den Garaus zu machen. In allen Variationen suchte die Kartell-Presse die in Wirklichkeit gar nicht bestehende Koalition: Windthorst-Grillenberger-Richter! vor den Wählern zu diskreditieren. Und Windthorst wußte, was auf dem Spiele stand. Seine Stichwahlparole für das Zentrum lautete: Unter keinen Umständen einen Kartell-Kandidaten, d. h. einen Nationalliberalen oder Konservativen! In Mannheim hing die Entscheidung für die Stichwahl vom Zentrum ab; daß es die allgemeine Wahlparole befolgte, war selbstverständlich. Aber es tat noch ein übriges. Zehn Tage vor der Stichwahl erhielten seine Vertrauensmänner in allen Orten des 11. Wahlkreises ein Zirkular, das sich sogar zu der Rechts-Idee aufschwang, es gebühre der Sozialdemokratie in Baden eine Vertretung im Reichstage, da sie schon eine erhebliche Stimmenzahl aufweise (ganz im Gegenteil zur heutigen Auffassung Wackers, daß man ihr möglichst viele Wahlkreise abnehmen müsse). Das Zirkular hatte folgenden Inhalt:

Mannheim, 14. Februar 1890.

Der Vorstand des Kathol. Männervereins Zentrum
Mannheim.

Hrn. Wohlgeboren

erlauben wir uns anmit Kenntniz zu geben, daß eine Deputation der hiesigen Zentrumsleitung gestern mit dem Provinzialkomitee unserer Partei für den 11., 12., 13., 14. bad. Reichstagswahlkreis in Heidelberg wegen der bevorstehenden Stichwahl im 11. Kreis Verhandlungen gepflogen, und ist unsere Lösung auf der ganzen Linie: Gegen das Kartell! und werden demzufolge unsere Parteigenossen im ganzen Bezirk ihre Stimmen

für Herrn Stadtrat Dreesbach

abgeben, und zwar um so mehr, da unsere Parteileitung von der rechtlichen Ansicht ausgeht, daß der sozialdem. Partei angesichts ihrer erheblichen Stimmzahl in unserem Großherzogtume eine Vertretung im Reichstage gehört. Unsere Vertrauensmänner im Bezirke haben wir heute mit den diesbezüglichen Informationen betraut.

Hochachtungsvoll!

J. A.: Ent. Engel.

Damit war der Sieg Dreesbachs entschieden. Es tut nichts zur Sache, daß die Unterzeichner Ent und Engel später von der offiziellen Zentrumsleitung desabonniert wurden. Das geschieht noch heute, wenn die parteitaktischen Interessen des Zentrums es erheischen. Das Zirkular ging vom kath. Männerverein Mannheim aus und wurde sogar an die Meßner versandt, von denen einige auch Stimmzettel für Dreesbach in die katholischen Häuser trugen. Dem jetzigen Abg. Gen. Süßkind sagte der Pfarrer in Reisch: „Bei mir brauchen Sie keine Versammlung abzuhalten; ich habe meine Leute in der Hand.“ In der Stichwahl zeigte sich denn auch die praktische Wirkung der obigen Aufforderung: Dreesbach wurde gewählt. Die Wahlziffern ergaben

| | | | |
|---------------------------|----------------|------|------|
| | | | mehr |
| für die Sozialdemokratie | 14 556 Stimmen | 5855 | |
| für die Nationalliberalen | 12 094 Stimmen | 2222 | |

Eine Feststellung der Zentrumsstimmen, die in der Stichwahl auf Dreesbach fielen, ist selbstverständlich nicht möglich, aber die vorstehenden Zahlen sprechen deutlich genug; denn die sozialdemokratischen Stimmen vermehrten sich um 5855, die der Nationalliberalen noch nicht einmal um die Hälfte, nämlich nur um 2222. Auch von sozialdemokratischen Reserven kann nicht geredet werden; jedenfalls waren sie nicht zahlreich, da schon in der Hauptwahl unsere Stimmzahl ganz bedeutend, und zwar von 5128 im Jahre 1887 auf 8701, also von 23 auf 33 Prozent der abgegebenen Stimmen gestiegen war. Die Zentrumswähler im Mannheimer Kreise handelten

ja auch ganz im Sinne der Bäckerschen Intentionen, denn dieser erklärte am Tage vor der Mannheimer Stichwahl in einer in Karlsruhe abgehaltenen demokratischen Wählerversammlung, nachdem vorher zwei Sozialdemokraten gesprochen: „Ein größeres Uebel kann es in Baden und für Baden gar nicht geben als den National-Liberalismus Fieberscher Färbung.“ — Das war der erste Streich; der zweite folgte sogleich

1891,

als in Mannheim unsere beiden Genossen August Dreesbach und Dr. Müdt gewählt wurden und mit ihnen die ersten Sozialdemokraten in den badischen Landtag einzogen. Damals erklärte Herr Backer (am 25. Oktober 1891): „Ungleich schlimmer als der Sieg der sozialdemokratischen Mannheimer Landtagsabgeordneten durch Zentrumschilfe wäre ein Sieg nationalliberaler Kandidaten durch Zentrumswähler gewesen.“ Ist das nicht deutlich? Zeigt es nicht den heutigen Rufer von der sozialdemokratischen Gefahr in seiner wahren Denkart? Was ihm damals erwünscht war, kann heute nicht eine Gefahr für den Staat und die Gesellschaft bilden.

1897.

Die badische Residenz wurde zum erstenmal durch zwei Sozialdemokraten, unsere Genossen Beck und Schailer, vertreten. Dabei hat das Zentrum Geburtshelferdienste geleistet. Vor vier Jahren schilderte Abg. Gen. Kolb in der zweiten Kammer die damaligen Vorgänge. „Es galt, wie er ausführte, die Nationalliberalen zu dezimieren, und wir haben damals den ersten Kompromiß mit den Demokraten, in Wirklichkeit allerdings mit dem Zentrum abgeschlossen. Die Demokraten spielten nur die Rolle des Mediums für das Zentrum, um mit dem sozialdemokratischen Geist in Verbindung kommen zu können. (Heiterkeit.) . . . Eine große Reihe von Zentrumsmännern stand auf der Wahlmännerliste unserer Partei, und zwar waren es nicht irgendwelche obskure Leute, die man gar nicht kennt, sondern es waren die Vorstände und Vorstandsmitglieder der Zentrumsvereine, die sich ohne weiteres zur Verfügung gestellt hatten. Es war der Direktor der Aktiengesellschaft Badenia, es war auch der Prokurist der Gesellschaft dabei. Und als der Wahltag gekommen war, da haben nicht etwa wir, die wir die ungeheure Mehrheit der Wahlmänner gestellt hatten, an die Zentrumswahlmänner das Ansinnen gestellt, in unser Lokal zu kommen, sondern wir haben der freundlichen Einladung Folge geleistet und sind in das katholische Kasino und von da in die Festhalle gegangen. . . Ich muß gestehen, die Zentrumswahlmänner von damals haben sich sehr wacker gehalten, sie haben Mann für Mann für die zwei Sozialdemokraten und den Demokraten gestimmt; und es ist dieserhalb kein einziger aus der Partei ausgeschlossen worden, keiner etwa seines Vertrauens-

amtes entsetzt worden, sondern die Herren haben nach wie vor dieselbe Rolle in ihrer Partei gespielt wie damals.“

Ganz selbstverständlich, denn Wacker hatte ja kurz zuvor ausgesprochen, daß für die Opposition (deren Liste bestand aus Demokraten und Sozialdemokraten) keine Aussicht bestehe, Karlsruhe ohne die Hilfe des Zentrums zu erobern. Die gegnerische Liste war die der Nationalliberalen, und das Zentrum gab den Ausschlag, weil es eine eigene Liste nicht aufgestellt hatte. Es schlug sich auf die Seite der Opposition, und ein Demokrat und zwei Sozialdemokraten sind gewählt worden. Als man Wacker deswegen angriff, erklärte er in seiner 1899 erschienenen Schrift: „Aufgaben und Aussichten des Zentrums in Baden“ auf S. 61:

„Bei der Landtagswahl von 1897 errang in Karlsruhe eine antinationalliberale Koalition den Sieg, so daß zwei Mandate an die Sozialdemokraten und eines an die Linksliberalen kamen. Darob ist viel Geschrei erhoben worden, wie wenn nicht bloß Ungeföhliches, sondern geradezu Landesverräterisches geschehen wäre. . . . Die Wähler haben verfassungsmäßig das Recht der ganz freien Wahl, welches so wohl verbrieft und so heilig ist wie andere Rechte, die auf der Verfassung beruhen. Dem Geiste der Verfassung ist es durchaus entsprechend, daß ein durchaus freier Gebrauch von diesem Rechte gemacht wird. Es wäre direkt gegen den Geist der Verfassung, wenn die Wähler sich fragen wollen, wie man an dieser oder jener Stelle wünscht, daß sie ihr Wahlrecht ausüben. . . .“

Den Argumenten des Herrn Wacker kann man durchaus zustimmen. Warum sollen aber heute nach Wackers Forderung in Ravensburg Staats- und Kommunalbeamte in Acht und Bann getan werden, wenn sie sozialdemokratisch wählen? Die Verfassung gewährte das freie Wahlrecht im Jahre 1912 so gut wie 1897.

1898.

Die Reichstagswahlen fanden statt. In den drei Kreisen Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim kam es zur Stichwahl zwischen den nationalliberalen und sozialdemokratischen Kandidaten und — um es gleich anfangs zu bemerken — im 9., 10. und 11. Kreise siegte die Sozialdemokratie. Lassen wir die Zahlen reden; sie desabouieren besser als viele Worte den heutigen gegen die sozialdemokratische Gefahr mobilmachenden Zähringer Taktiker.

Pforzheim = Durlach:

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr. |
|------------------|-----------|-----------|-------|
| Sozialdemokratie | 10 380 | 12 972 | 2592 |
| Nationalliberale | 7 272 | 10 530 | 3258 |
| Zentrum | 4 254 | | |
| Konservative | 1 509 | | |

Scheinbar haben sich die Zentrumsstimmen in der Stichwahl geteilt, allein man hat wohl ohne weiteres die 1509 konservative Stimmen restlos dem Nationalliberalen für die Stichwahl zuzuzählen; dann bleiben von seinem Mehr noch 1700 Stimmen, während der sozialdemokratische Kandidat aber ein Mehr von 2600 Stimmen verzeichnen konnte. Den sozialdemokratischen Sieg haben also die Zentrumswähler entschieden. Davan ist nicht zu rütteln, auch wenn der berühmte Jähringer Rechenstift den Versuch des Gegenteils machen wollte.

Karlsruhe-Bruchsal:

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 9031 | 12821 | 3790 |
| Nationalliberale | 7607 | 12602 | 4995 |
| Demokraten | 6370 | | |
| Konservative | 1604 | | |
| Antisemiten | 874 | | |

Karlsruhe wie auch Pforzheim gingen also zum erstenmal an die Sozialdemokratie über. Das hat in Baden ungeheures Aufsehen erregt und in der politischen Presse und in der Kammer beschäftigte man sich besonders damit, wer denn nun den Sozialdemokraten den Wahlkreis Karlsruhe ausgeliefert und dem Großherzog „die Schmach“ angetan habe, daß seine Residenz im Reichstag sozialdemokratisch vertreten sei. Wacker schob in Artikeln im Badischen Beobachter und in seinen Kammer-Reden den Nationalliberalen die ausschließliche Schuld zu, weil diese den Demokraten (von 1890 ward der Kreis durch den freisinnigen Abg. Pflüger-Lörrach vertreten) aus der Stichwahl verdrängt hätten. Die Nationalliberalen replizierten: Hätten die Zentrumswähler, welche bei der Hauptwahl für den Demokraten stimmten, in der Stichwahl sämtlich für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt, wäre dieser und nicht Geck gewählt worden. Das Letztere ist richtig, wenn auch zugegeben werden muß, daß ungleich mehr Zentrumsleute für den Nationalliberalen, als für den Sozialdemokraten gestimmt haben. Aber entschieden wurde der Sieg durch die Zentrumsstimmen. Es ist als feststehend anzunehmen, daß — wie 1890 in Mannheim — in den 6370 demokratischen Stimmen die im 10. Kreise abgegebenen Zentrumsstimmen stecken, da die Demokratie in diesem Kreise niemals eine zahlenmäßige Stärke von 6000 aufwies. Die 1604 konservativen und 874 antisemitischen Stimmen dürfen wir auch für die Stichwahl ohne weiteres dem nationalliberalen Kandidaten zurechnen, bleibt Rest 2500 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen vermehrten sich aber um rund 3800. Nimmt man an, daß die etwa 2000 Demokraten Mann für Mann für den Sozialdemokraten stimmten (schon aus Aerger, weil Pflüger von den Nationalliberalen aus dem Felde geschlagen war), dann bleiben immer noch 1800 Stimmen; die können nur vom Zentrum her-

rühren. Da Gen. Geck nur mit 219 Stimmen Mehrheit gewählt war, steht fest: Der sozialdemokratische Sieg ist durch Zentrums-hilfe ermöglicht worden. Die Karlsruhe-er Leitung der Zentrums-partei hatte noch in letzter Stunde — 2 Tage vor der am 24. Juni stattgefundenen Stichwahl —, als der verstorbene Führer der Zentrums-fraktion des deutschen Reichstags, der damalige Abgeordnete Dr. Lieber, die Weisung nach Baden gelangen ließ, die Zentrums-wähler in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim sollten für die nationalliberalen Kandidaten stimmen, eine geharnischte Erklärung gegen die nationalliberale Presse erlassen, welche die Liebersche Aktion für sich ausschloß. Da hieß es: „Die Zentrums-partei in Baden sei nicht in der Lage, zur Rettung eines nationalliberalen Mandates etwas zu tun. Es wäre unverständlich und selbstmörderisch, dem Nationalliberalismus das verdiente Schicksal zu ersparen oder zu erleichtern.“ — Die Wahlparole hieß also am Wahltage: Keine Stimmenabgabe für nationalliberale Kandidaten! Wie das die Zentrums-wähler verstanden, befragen die obigen Stichwahlziffern. Geck wurde gewählt und Herr Wacker wusch nachher seine Hände in Unschuld, als er zwei Jahre später in seiner Broschüre: „Wer hat der Sozialdemokratie bei Wahlen direkte oder indirekte Hilfe geleistet?“ erklärte:

„Aus den überraschenden Ziffern geht hervor, daß ein namhafter Teil der Zentrums-wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat, daneben aber ein noch größerer Teil für den nationalliberalen.“

Dieses Zugeständnis Wackers ist außerordentlich wertvoll und das letztere (mehr Stimmen für den Nationalliberalen wie für Geck) wurde auch, wie schon bemerkt, von sozialdemokratischer Seite nie bestritten. So sehr sich also Herr Wacker gegen die Tatsache wehren mag, so sehr er in Artikeln des Beobachters und in Broschüren dagegen eiferte: Der Wahlkreis Karlsruhe hat durch das Zentrum erstmalig sozialdemokratische Vertretung im Reichstag bekommen. — Diese Wahl mußte ausführlicher behandelt werden, weil sich Herr Wacker gerade auf sie stützt, um dem Vorwurf zu begegnen, er habe früher ständig der Sozialdemokratie zu Land- und Reichstags-Mandaten verholfen.

M a n n h e i m = S c h w e g i n g e n :

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 15 244 | 19 052 | 3808 |
| Nationalliberale | 8 747 | 14 369 | 5622 |
| Zentrum | 4 667 | | |
| Demokraten | 2 319 | | |
| Antisemiten | 2 097 | | |

Scheinbar ist die Mehrzahl der Zentrumsstimmen dem Nationalliberalen zugefallen; aber nur scheinbar. Denn es ist nicht anzu-

nehmen, daß die Antisemiten, die die „jüdische“ Sozialdemokratie immer mit glühendem Hasse verfolgten, ihre rund 2000 Stimmen unserem Genossen Dresbach zugewandt haben. Dieser hat sein Mehr von rund 3809 Stimmen in der Stichwahl wohl ausschließlich den Demokraten und dem Zentrum zu verdanken. Zieht man aber von dem Stimmenüberschuß des nationalliberalen Kandidaten die 2000 antisemitischen Stimmen ab, dann bleiben noch 3600, und auch diese rühren gleicherweise wie beim Sozialdemokraten vom Zentrum und den Demokraten her. Es ist deshalb die Schlußfolgerung zulässig, daß das Zentrum einen Teil seiner Stimmen dem Sozialdemokraten zugeführt hat. Verhindern konnte es allerdings den Sieg Dresbachs nicht mehr, da dessen Uebergewicht in der Hauptwahl, wie die Wahlziffern zeigen, schon ein zu großes war.

So ergeben die wahlstatistischen Betrachtungen für die erste Reichstagswahl, in welcher das badische Zentrum die Entscheidung zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalliberalen in der Hand hatte, daß die rote Gefahr mit Hilfe der Wackerschen Taktik zum mindesten für die Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal und Pforzheim-Durlach latent wurde. Die zum Beweise angeführten Zahlen sind, auch wenn Herr Wacker ihnen mit seiner bekannten wahltechnischen Mathematik auf den Leib rückt, unanfechtbar. Und unanfechtbar sind auch die Schlußfolgerungen, die wir gezogen, und die wir mit Herrn Wacker getrost als hochehrwürdige Erscheinungen für — die Sozialdemokratie bezeichnen können.

1901.

Die sozialdemokratischen Mandate gingen bei dieser Landtagswahl verloren; aber das Zentrum war ehrlich beflissen, sie zu halten. Der vor einem Jahre in Freiburg verstorbene Redakteur Vinzenz Häfner, welcher damals den Badischen Landsmann in Ettlingen in recht geschickter Weise redigierte und dadurch diesem Zentrumsblatt auch in Karlsruhe Beachtung verschaffte, sagte in einer Karlsruher Zentrumsversammlung, „das Zentrum habe später, wenn die Liberalen in der Kammer einmal auf 6 oder 7 Sitze reduziert seien, immer noch Zeit genug, ihnen seine Wahlhilfe zu leihen. Vorerst aber betrachte es den Nationalliberalismus noch als die größere, die links stehenden Parteien als die kleinere Gefahr und werde demgemäß sein Verhalten bei den Wahlen einrichten.“ Und der Beobachter wiederholte am Tage der Wahl die ach so bekannte und von allen Wählern so gut verstandene Parole: „Keinen Nationalliberalen unterstützen! Wir sagen nichts mehr und nichts weniger!“ Es hatte sich allerdings eine Gegenströmung in den Kreisen der Karlsruher katholischen Geistlichkeit, die ihren Hauptvertreter in dem Geistl. Rat Knörzer fand, herausgebildet, und diese wählte die nationalliberal-freisinnige Liste, welcher unsere Genossen Kazenstein und Schaler (Gock) kandidierte

für Karlsruhe nicht) unterlagen. Aber die Bad. Landeszeitung weiß recht eingehend über die 1901 betriebene Agitation des Zentrums für die sozialdemokratisch-demokratische Liste zu berichten, wenn ihr Urteil als Zentralorgan der badischen Nationalliberalen auch gefärbt ist. Da heißt es u. a.: „Es kann beigelegt werden, daß bei jenen Wahlanlässen, besonders hier in Karlsruhe, die schwarzen Unterführer bis zu den katholischen Vereinsvorständen hinauf mit einer wahren Begeisterung für die Sozialdemokratie eintraten. Viele wählten lieber rot als schwarz, einzelne von diesen katholischen Vereinsbrüdern agitierten in den Straßen und Häusern mehr für die Sozialdemokraten, als diese selbst, und wenn am Wahltag abend im schwarzen Kasino, im Cafe Nowack, rote Wahlsiege gemeldet wurden, lösten sie dieselben Beifallstürme aus, wie die Nachrichten von Zentrumsfolgen. Wacker und seine hiesigen Platzkommandanten wußten das, letztere taten ja selber mit, wenn sie auch ihre Truppen mehr hinter der Front befehligten.“

Die vorstehende Schilderung sieht nicht aus wie eine Bekämpfung der Sozialdemokratie, und aus dem Verhalten der Zentrumsleute spricht auch keine Angst vor der roten Gefahr.

1903.

Die Stichwahlen zur Reichstagswahl brachten in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim abermals den Sieg der sozialdemokratischen Abgeordneten. Es bedarf nicht vieler Nachweise, daß sie wiederum aufs Konto des Zentrums zu setzen waren. Lassen wir die Wahlergebnisse sprechen:

Karlsruhe = Bruchsal:

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 11 429 | 15 063 | 3534 |
| Nationalliberale | 7 770 | 14 412 | 6642 |
| Zentrum | 7 473 | | |
| Konservative | 2 261 | | |
| Freisinnige | 1 329 | | |
| Demokraten | 1 247 | | |

Die Stimmengahlen des Nationalliberalen — es war ja der nationalliberale Führer Baffermann — sind in der Stichwahl zwar gewaltig emporgeschwungen, und es ist auch anzunehmen, daß viele Zentrumsleute trotz Wackers geheimer Parole Herrn Baffermann wählten, immerhin hat auch der sozialdemokratische Kandidat 3534 Stimmen mehr erhalten, und man kann sie nicht schlankeweg als freisinnige oder demokratische Stimmen bezeichnen, da sie — 1329 und 1247 = 2576 — noch nicht den Sieg des Sozialdemokraten bringen konnten. Ausschlaggebend war das Zentrum, das jetzt schon bedenklich den Nationalliberalen auf der Spur war und seine Stimmen seit 1898 erheblich vermehrt hatte. Die Stichwahlrechnung wäre,

wenn man die Koalition der Rechten gegen die Linke als geschlossen annehmen wollte, so zu gestalten:

| | | | |
|------------------|--------------|------------------|--------------|
| Nationalliberale | 7770 | Sozialdemokratie | 11429 |
| Zentrum | 7473 | Freisinnige | 1329 |
| Konservative | 2261 | Demokraten | 1247 |
| | <u>17504</u> | | <u>14005</u> |

Ob man im einzelnen ein paar freisinnige und demokratische Stimmen hinüber oder herüber rechnet, ändert an der vorstehenden Zusammenstellung gar nichts; die Möglichkeit, die badische Residenz der Sozialdemokratie zu entreißen, war für das Zentrum gegeben. Es brauchte nur, wie bei der Stichwahl 1912, keine sämtlichen Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten zuführen, und der Sozialdemokrat war geschlagen. Das gibt sogar — Herr Wacker zu. Er hat am 18. Dezember 1909 im Bad. Beobachter bei der Besprechung der Reichstagswahl im Jahre 1903 für Karlsruhe-Bruchsal festgestellt:

„Wenn die Zentralleitung des Zentrums sich dazu verstand, die Unterstützung der Kandidatur Baffermanns als Parole auszugeben, so war seine Wahl gesichert. Die Zentrumskreise (im Reich und aus der Zentrumsfraktion des Reichstages) ließen es an Wiederholter und sehr nachdrucksvoller Empfehlung nicht fehlen. Allein die Zentralleitung in Baden blieb unzugänglich und Baffermann unterlag.“

Die Zentralleitung in Baden blieb unzugänglich! Das spricht Bände. Wacker wollte also den sozialdemokratischen Sieg, und der war nur möglich, wenn die Zentrumsstimmen entsprechend „verteilt“ wurden. Es hat deshalb nicht viel Wert, wenn Herr Wacker vor etwa einem Jahre erst wieder im Bad. Beobachter nachweisen wollte, daß höchstens 1000 Stimmen des Zentrums in der Stichwahl auf Ad. Geß. den sozialdemokratischen Kandidaten, gefallen seien. Das Zentrum hat den sozialdemokratischen Sieg nicht verhindert, und darauf allein kommt es an. Herr Wacker verspottete im übrigen sogar recht kräftig den jetzigen Abgeordneten Baffermann in dem oben angezogenen Artikel: „War er siegreich, so hatte er nicht bloß den Sitz im Reichstage auf einige Jahre hinaus geborgen, nein: er konnte sich im großherzoglichen Schlosse als Ketter des Vaterlandes vorstellen, der die Residenz der Sozialdemokratie wieder entreißen, und war in Baden „der Held des Tages.“

Diesen Triumph gönnte Wacker Herrn Baffermann schon lange nicht. Der Ketter des Vaterlandes hieß neun Jahre später — Theodor Wacker!

P f o r z h e i m - D u r l a c h :

Die umstehenden Stichwahlziffern besagen, daß der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten auch ohne stärkere Zentrumshilfe wahrscheinlich war. Die soziale Struktur dieses Kreises mit den großen

Arbeitermassen im Amtsbezirk Pforzheim verleiht der Sozialdemokratie ohnehin schon ein erhebliches Uebergewicht. Immerhin muß aus den Erfahrungen des Reichstagswahlkampfes vom Jahre 1912 — Zuführung sämtlicher Zentrumsstimmen auf den nationalliberalen Kandidaten Stadtrat Wittum schon in der Hauptwahl — geschlossen werden, daß Herr Wacker keine Veranlassung sah, den 9. Kreis schon damals der Sozialdemokratie zu entreißen. Die „rote Gefahr“ ist für ihn erst einige Jahre später akut geworden.

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 13 231 | 14 790 | 1559 |
| Nationalliberale | 8 157 | 12 851 | 4694 |
| Zentrum | 5 801 | | |
| Konservative | 1 816 | | |
| Demokraten | 557 | | |

Der Kreis Mannheim-Schwezingen war 1903 infolge der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bereits außer dem Bereich der Wackerschen Taktik gerückt. Die Sozialdemokratie erhielt in der Hauptwahl 20 037, der Nationalliberale 12 250, das Zentrum 7104 und die Demokraten 2163 Stimmen. In der Stichwahl steigerte Gen. Dresbach seine Stimmenzahl auf 23 182, sein nationalliberaler Gegner unterlag mit 17 573 Stimmen. Er hat um 5323 Stimmen zugenommen, der sozialdemokratische Kandidat jedoch auch noch um 3145; daß unter diesen sich manche Zentrumsstimmen befanden, das wird wohl auch Herr Wacker nicht zu leugnen versuchen. Aber entscheidend war die Stellungnahme des Zentrums bei dieser Wahl nicht mehr.

Als Ergebnis der Wackerschen Wahltaktik bei den Reichstagswahlen von 1903 darf also betrachtet werden, daß der sozialdemokratische Sieg in Karlsruhe auf das Konto des Zentrums zu setzen ist und die nationalliberalen Niederlagen in Pforzheim und Mannheim Herrn Wacker jedenfalls nicht unangenehm waren.

1905.

Die ersten Wahlen zum badischen Landtag unter dem neuen Wahlrecht wurden vorgenommen; die Großblockzeit begann. Aber auch jetzt war man im Zentrumslager nicht gegen die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gefest. Die Macht der langjährigen Gewohnheit machte sich noch immer bemerkbar. Zunächst weckte man in der Sozialdemokratie die schöne Hoffnung, daß man der alten Gepflogenheit treu bleiben werde. Drei Monate vor dem ersten Wahlgang — am 18. Juli 1905 — schrieb das Heidelberger Zentrumsblatt, der wegen seines anständigen Tones berühmte Pfälzer Bote:

„Die Sozialdemokratie sollte erst machen mit ihren Forderungen und statt sich mit der Rolle des „Jüngleins an der Wage“

zu begnügen, gegen ihren ärgsten politischen Gegner, den Liberalismus, den Kampf mit aller Entschiedenheit aufzunehmen.“ Und zum Schluß wurde gesagt: „Die Sozialdemokratie benötigt an vielen Orten die Hilfe des Zentrums. Ob sie ihr wird, wird zum guten Teil von einer objektiven Neutralität ihrerseits abhängen. Mehr verlangen wir nicht.“

Mehr verlangen wir nicht! Ein köstliches Eingeständnis zur Beurteilung der heutigen Kampfweise des Zentrums gegen die Sozialdemokratie. Man war noch 1905 gern gewillt, dieser die bisherige Stichwahlunterstützung zu gewähren, wenn sie dem bis dahin für das Zentrum noch gefährlicheren Gegner, dem Liberalismus, den entschiedenen Kampf ansage. Heuchelei, dein Name ist Zentrum! Auch der Acher- und Bühler-Vote, der in Bühl erscheint, erklärte ähnlich wie sein Heidelberger robusterer Bruder: „Wir müßten Loren sein, wenn wir den Block groß werden ließen, wo wir ihn klein machen können. Wenn wir dazu die Sozialdemokratie benützen, wie das eben in Bayern geschehen ist, so haben wir damit nach den Worten der Liberalen nur das kleinere Uebel benützt, um das größere zu beseitigen. Das darf man vor Gott und der Welt.“

Nun das kleinere Uebel das größere geworden ist, verbündet sich Herr Wacker wieder mit dem liberalen Uebel und macht den Versuch — siehe Pforzheim — damit die Sozialdemokratie totzuschlagen.

Das Tollste aber leistete sich die Zentrumspartei in Karlsruhe beim zweiten Wahlgang. Die Genossen Dr. Frank, Kolb und Schaler mußten sich der Stichwahl unterziehen. Das Zentrum gab den Ausschlag. Kurz vor der Wahl erblickte man an den Anschlagssäulen der badischen Residenz ein riesengroßes Plakat, das die Zentrumswähler aufmunterte, für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Wohlgermerkt, wenige Tage nach dem offenen Abschluß des Großblock-Bündnisses, das seine Spitze ausschließlich gegen das Zentrum richtete. Um ein übriges zu tun, verbreitete man die Aufforderung zur Unterstützung der Sozialdemokraten sogar als Flugblatt. Ob seines originellen Textes hat es wiederholt die Deffentlichkeit beschäftigt. Es war nämlich darin zu lesen: „Zentrumswähler! Bündet die Hochzeitsfackel an und führt dem Block sein Liebchen zu!“ Und die Karlsruher Zentrumswähler schwenkten begeistert die Hochzeitsfackel und Dr. Frank und Kolb wurden glänzend gewählt. Man vergleiche:

Karlsruhe-Stadt (41. Kreis):

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Liberaler Block | 1379 | 1517 | 138 |
| Sozialdemokratie | 1343 | 1828 | 485 |
| Zentrum | 654 | | |

Gewählt: Dr. Frank.

Karlsruhe-Südstadt (44. Kreis):

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Liberaler Block | 1125 | 1176 | 51 |
| Sozialdemokratie | 1628 | 2146 | 518 |
| Zentrum | 927 | | |

Gewählt: W. Kolb.

Die überraschend hohen Stimmen, welche auf die gewählten Sozialdemokraten im 2. Wahlgang entfallen sind, entheben uns wohl des Nachweises, daß die Karlsruher Zentrumswähler des Ost- und des Südstadtbezirkes mitschuldig an der Vergrößerung der „sozialdemokratischen Gefahr“ sind. Sie haben dem Block-Liebchen ein prächtiges Hochzeitsgeschenk in der Form ihrer zahlreichen Wahlstimmen überreicht. Und damit auch die letzten Zweifel fallen, daß die Leitung der Karlsruher Zentrumsparthei wieder einmal von nichts wußte, sei hinzugefügt, daß der Verfasser des Flugblattes der damalige Revisor und heutige Oberrevisor A. Trenkle war, der zur gleichen Zeit, als er die Hochzeitsfackel anzündete und sie seinen Parteifreunden stürmend vorantrug, im Südstadt-Kreis für das Zentrum kandidierte. Er war Mitglied des Zentral-Wahlkomitees der Zentrumsparthei, ist heute noch ein bekannter Zentrumsagitator und sitzt seit Juni 1911 im Karlsruher Bürgerausschuß als Vertreter des Zentrums! Mag Herr Wacker, wie es jedenfalls geschehen wird, den Versuch unternehmen, die Leitung des Zentrums von allen diesen Dingen reinzuwaschen, es wird seine Arbeit — trotz der berühmten Wackerschen Logik — nicht leichter machen, wenn wir ergänzend bemerken, daß noch gerichtlich erwiesen wurde: Herr Chefredakteur Joseph Theodor Meyer vom Badischen Beobachter hat das Trenklesche Flugblatt durchkorrigiert, hat also von seinem Inhalt gründlichst Kenntnis genommen. Der verantwortliche geistliche Schriftleiter des Zentralorgans der badischen Zentrumsparthei ist über Herrn Wackers Pläne und Absichten jederzeit genau so unterrichtet, wie Herr Wacker über die politische, redaktionelle und journalistische Tätigkeit des Herrn Chefredakteurs Th. Meyer. — So hat Wacker bei der ersten Großblock-Wahl die sozialdemokratische Gefahr überwunden.

1907.

Der Reichstag war aufgelöst; der konservativ-liberale Bülow-Block trat in Wirksamkeit. Das Zentrum, das als Oppositionspartei in den Wahlkampf zog, hatte genügend Veranlassung, das unnatürlichste aller politischen Gebilde, die liberal-konservative Paarung, zu schwächen, wo immer sich ihm dazu Gelegenheit bot. Das konnte geschehen — und geschah auch! — durch die Unterstützung derjenigen Partei, gegen die sich gleichfalls der bekannte Silvesterbrief des damaligen Reichskanzlers richtete: der Sozialdemokratie. Was im Reiche der frühere Abg. Müller-Fulda für das

Zentrum einleitete und mit den Abgg. Bebel und Singer schriftlich austauschte, besorgte in Baden — Herr Wacker. Aber keineswegs offen! So unvorsichtig war der Jähringer Strategie nie; er hat seine Hände immer in Unschuld gewaschen, wenn die Wahl vorbei und der von ihm gewollte Zweck erreicht war. Die „Sprache der Zahlen“ — um mit Herrn Wacker zu sprechen — mag reden.

Pforzheim-Durlach:

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 15 883 | 17 087 | 1204 |
| Liberaler Block | 12 398 | 14 764 | 2366 |
| Zentrum | 6 892 | | |

Der sozialdemokratische Kandidat hat nur 1200, sein liberaler Block-Segner fast um das Doppelte zugenommen; gleichwohl darf behauptet werden, daß die ersteren 1200 Stimmen den Wahlausgang entschieden haben. Ein Vergleich der obigen Zahlen lehrt dies zur Genüge. Herr Wacker hat ja das „Kunststück“ fünf Jahre später so vorzüglich fertig gebracht; es lag also nur an seiner Taktik, wenn der Kreis von 1907 bis 1912 sozialdemokratisch vertreten war. Zudem war auch im 9. Kreise die Wahlstimmung in Zentrumskreisen für Unterstützung des Sozialdemokraten. Dafür zeugt u. a. auch eine Äußerung des Pfarrers von Stupferich bei Durlach zu dem sozialdemokratischen Parteisekretär Trinks, der vor der Stichwahl dort eine Versammlung abhielt:

„Die Sozialdemokraten hätten keine Versammlung mehr gebraucht. Wir haben unsere Leute in der Hand; wenn Ihre Genossen in Freiburg nicht für den Nationalliberalen eintreten, so sorgen wir dafür, daß Eichhorn gewählt wird.“

Eichhorn wurde gewählt. Auch damals kandidierte Herr Wittum; aber erst 1912 erhörte das Zentrum sein Flehen um Unterstützung.

Karlsruhe-Bruchsal:

| | Hauptwahl | Stichwahl | Mehr |
|------------------|-----------|-----------|------|
| Sozialdemokratie | 14 430 | 17 066 | 2636 |
| Liberaler Block | 11 482 | 16 248 | 4766 |
| Zentrum | 9 569 | | |
| Konservative | 2 684 | | |

Diese Wahlziffern hat Herr Theodor Wacker in einer Erwiderung auf Angriffe der Badischen Landeszeitung in der Artikelserie: Lügenhafte Maché; beleuchtet. von Th. Wacker! im Bad. Beobachter vor mehr als Jahresfrist besprochen und unter Berücksichtigung der Stichwahlzahlen: Liberaler Block mehr 4766, Sozialdemokraten mehr nur 2636 seine Verteidigung wie folgt geführt:

„Wenn jemand von den parteipolitischen Verhältnissen gar nichts wüßte und auch nichts davon, ob und welche Parole für die Zen-

trumswähler in solchen Fällen in Geltung war; wenn ihm gesagt würde, das Zentrum habe sich mit einer der beiden Stichwahlparteien verbündet gehabt und sollte nun auf Grund des Stimmziffern-Materials feststellen, ob er mit der nationalliberalen Partei sich verbündet hatte oder mit der sozialdemokratischen, so würde und müßte er auf ein Bündnis des Zentrums mit der nationalliberalen Partei erkennen."

So! Durchaus nicht! Erstens weiß man eben etwas von den politischen Verhältnissen in Baden und weiß auch, wie Herr Wacker sein Ziel: Herunter mit den Nationalliberalen! zu erreichen suchte, nämlich immer durch die Stichwahlparole für seine Anhänger: Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen! und zweitens müssen die 2684 konservativen Stimmen doch wohl von dem Stichwahlüberschuß des liberalen Block-Kandidaten abgezogen werden, weil sie ohne weiteres diesem zugefallen sein dürften. Dann ergibt sich: $4766 - 2684 = 2082$ Stimmen. Es taucht sofort die Frage auf: Welcher Kandidat hat die meisten Zentrumsstimmen in der Stichwahl erhalten? Der Ueberschuß beträgt für den sozialdemokratischen 2636, für den liberalen (nach Abzug der konservativen Stimmen) 2082. Da eine andere Partei als das Zentrum am Wahlkampfe nicht mehr beteiligt war, ist die Schlußfolgerung zulässig, daß der sozialdem. Kandidat etwa 2000—2300, der liberale 1800—1900 Zentrumsstimmen bekam. Die anderen fehlenden Wahlstimmen mögen durch Reserven der Sozialdemokratie und des liberalen Blocks aufgebracht worden sein. Nun gibt Herr Wacker in der erwähnten Artikelserie: „Lügenhafte Mache“ wiederholt selber zu, daß dem Sozialdemokraten in der Stichwahl ungefähr 2300 Zentrumsstimmen zugeführt worden sind — trotz der offiziellen, von Wacker unterzeichneten Stichwahlparole auf Wahlenthaltung. Daraus folgt, daß diese 2300 Stimmen die selbstverständliche Ursache waren, daß Genosse Ud. Geck auch 1907 den Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal eroberte. Und ganz unbegreiflich ist es, wie Herr Wacker sich zu der „Feststellung“ in der angezogenen Erwiderung auf die Bad. Landesztg. aufschwingen konnte:

„Man stellt demnach die Wahrheit auf den Kopf, wenn man behauptet, das Zentrum habe 1907 das Mandat der Residenz an die Sozialdemokratie gebracht. Eine derartige Behauptung kann nur als Lüge bezeichnet werden.“

Die Sprache der Zahlen — eine Lüge! Wer lacht da nicht? Zielen die 2300 Zentrumsstimmen dem liberalen Block-Kandidaten zu oder blieben die 2300 „Sozzen-Wähler“ zu Hause, dann war das Wahlglied zu ungunsten unserer Partei entschieden. Das wäre gewiß sehr zu beklagen gewesen, aber darauf kommt es in dieser Verbindung nicht an. Es soll nur gezeigt werden, welche sonderbare Gestalt die von Herrn Wacker gebrandmarkte „Lüge“ im Lichte der nackten Stichwahlzahlen des 10. Kreises angenommen hat.

Aber es gibt auch noch die Sprache der schriftlichen und mündlichen Äußerungen von Zentrumsanhängern, die man nicht ignorieren kann. Im badischen Oberlande hatte die Sozialdemokratie für die Stichwahlen 1907 beim Kampfe zwischen Zentrum und liberalem Block strikte Wahlenthaltung beschlossen. Sie mußte es ablehnen, der sogen. Gottentotten-Reichstagsmehrheit durch die Wahl der liberalen Kolonialschwärmer Mandatsstützpunkte zu geben. Und peinlich achtete man insbesondere in Freiburg darauf, daß dieser Beschluß gehalten wurde; denn hier galt es für das Zentrum, den alten Besitzstand zu wahren und zugleich dem gehäßigsten liberalen Führer Obkircher, der für den 5. Kreis kandidierte, eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Der Freiburger Vote hat darüber nach der Wahl wie folgt aus der Schule geplaudert: „Wir leben im Zeitalter des Telegraphen. Wäre über Mittag in Karlsruhe und Pforzheim bekannt geworden, daß in Freiburg Sozialdemokraten in größerer Anzahl für den Liberalen gestimmt hätten, so wäre für die Sozialdemokratie Karlsruhe und Pforzheim verloren gewesen.“ Der Telegraph scheint also seine Schuldigkeit getan zu haben, denn im 10. Kreise richtete man sich in Zentrumskreisen schon vorher ein. Sagte doch in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in der Südstadt in Karlsruhe wenige Tage vor der Stichwahl der, als Zentrumsanhänger geltende Bäckermeister Rabold: „Ihr (zu den sozialdemokratischen Versammlungsbesuchern gewendet) braucht keine Angst zu haben, Gese kommt wieder durch; wir wissen, was wir zu tun haben.“

Gese kam durch; Obkircher unterlag. Das Zentrum hat das Vaterland für — die Sozialdemokratie gerettet! Daran ist nicht zu denken und zu rütteln. Diese abermalige Auslieferung der badischen Residenz an die „sozialdemokratische Gefahr“ — noch dazu zwei Jahre nach dem ersten Großblockbündnis — mag für Herrn Wacker, wenn man die Erinnerung auffrischt, keine angenehme Reminiszenz sein; allein die „Sprache der Zahlen und Tatsachen“ läßt eine andere Schlußfolgerung nicht zu!

1912.

Nicht einmal bei den verflossenen Reichstagswahlen unterblieben die Versuche völlig, mit der Sozialdemokratie ein Tauschgeschäft abzuschließen. Wenige Stunden vor Beendigung der Stichwahl für den Kreis Freiburg-Gmündingen — um 4 Uhr nachmittags — erschien der Parteisekretär des Freiburger Zentrums, ein Herr Ganter, im Volkswachtgebäude und stellte das Ultimatum: „Entweder Sie hören mit Ihrer Propaganda für Schulze-Gävernitz auf oder in Karlsruhe treten die Zentrumswähler von 1/25 Uhr ab geschlossen für Haas (den Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei) ein.“ Natürlich wurde dem zentriemlichen Unterhändler von sozialdemokratischer Seite die Tür gewiesen. — Man wird seitens

der Leitung des badischen Zentrums erklären, was Herr Ganter getan, ist für uns nicht maßgebend. Aber gewisse Dinge scheinen in Freiburg doch im Werke gewesen zu sein; darauf läßt eine kurze Andeutung des Freiburger Boten schließen, der 8 Tage nach der Stichwahl schrieb:

„Der radikale Sozialdemokrat Geß kehrt, wohl zur Freude der „Genossen“ Kollb und Frank, nicht mehr nach Berlin zurück. Es wäre am Samstag noch ein leichtes gewesen, dem Kandidaten Geß zum Siege zu verhelfen, wenn es den führenden Parteigrößen ernstlich darum zu tun gewesen wäre.“

Der Samstag war der 20. Januar 1912, der Stichwahltag für Baden. Die Fassung der Notiz besagt doch wohl: Hätten die Freiburger Sozialdemokraten in dem Kampfe zwischen dem jetzigen fortschrittlichen Abg. v. Schulze-Gävernitz und dem Zentrums kandidaten Hauser Gewehr bei Fuß gestanden und dadurch den Sieg Hausers ermöglicht, dann wären in Karlsruhe die Zentrums wähler nicht gegen Geß marschiert. — Später wiederholte der Freiburger Bote obige Notiz und bemerkte dazu:

„In der sozialdemokratischen Volkswacht und in dem Volksfreund ist bisher sehr viel über die Karlsruher Wahl geschrieben worden; aber vorstehende Ansicht des Freiburger Boten ist bisher nicht berührt worden.“

Dazu lag keine Veranlassung vor. Die Sozialdemokratie des badischen Oberlandes hatte die Unterstützung des liberalen Blocks für die Stichwahl beschlossen. Daß sie sich durch das Freiburger Zentrum nicht zum Wortbruch verleiten ließ, gereicht ihr zur politischen Ehre, mit der das Zentrum frivol — freilich vergeblich — spielen wollte.

*

Damit wollen wir dieses Kapitel schließen. Es ist ziemlich umfangreich geworden, weil an der Hand der untrüglichen Zahlen einmal der strikte Beweis erbracht werden mußte, daß der badische Zentrumsführer fast zwei Jahrzehnte lang sich mit der sozialdemokratischen Gefahr in Baden ganz gut abfand. Die Sozialdemokratie ist aber heute keine andere wie vor 10 und 20 Jahren. Spielt ihr gegenüber Herr Wacker seit den letzten Landtagswahlen die Rolle des Vaterlandsretters, dann verweisen wir auf die Wacker-Taktik von früher. Mit diesem politischen Sündenkonto beladen, mag der moderne Drachentöter des Sozialismus in den Kampf ziehen. Er wird trotz der gewagtesten Auslegung seiner Wahlparolen und noch so geschickter Zahlengruppierung der Stichwahlergebnisse keinen objektiv denkenden Politiker davon zu überzeugen vermögen, daß es ihm immer bitterer Ernst mit der Beseitigung der sozialdemokratischen Gefahr war.

Die Ravensburger Rede.

In den letzten Monaten hat Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr des östern besprochen; wenn wir den Vortrag, den der badische Zentrumsführer am Sonntag, 5. Mai 1912, im kath. Volkverein des württembergischen Städtchens Ravensburg gehalten, zur eigentlichen Ursache der Herausgabe dieses Schriftchens genommen haben, so um deswillen, weil der Ravensburger Redner die vollen Konsequenzen der sogen. Wacker-Taktik zog und in allen Einzelheiten seine derzeitigen Anschauungen über die Sozialdemokratie darlegte. In politischen Fragen ist unbedingte Klarheit ein wesentlicher Vorzug. Wir wissen nach der Ravensburger Rede, woran wir mit Herrn Wacker sind. Wir kennen die Richtlinien, die seine Taktik in den nächsten Jahren bestimmen.

Die Gedankengänge des Herrn Wacker waren in Ravensburg ungefähr die folgenden: Die Sozialdemokratie ist eine große Gefahr für das deutsche Vaterland, die ständig in ihrem Umfange wächst und einen bedenklichen Charakter angenommen hat. Sie nimmt unter den brennenden Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft einen der ersten Plätze ein. Darüber sollten sich vor allem jene klar sein, denen staatliche Macht in die Hände gegeben und die auf Grund einer amtlichen Stellung berufen sind, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten direkt mitzuwirken. Zunächst ist es

die sozialdemokratische Presse,

die einen unablässigen Vergiftungsprozeß an der geistigen Lebenskraft und Gesundheit des deutschen Volkes vollzieht. Sie ist zu vergleichen mit der religionsfeindlichen Literatur des 18. Jahrhunderts, der die französische Revolution mit ihren schrecklichen Früchten und entsetzlichen Greueln folgte. Ein Geschlecht, das in der Schule der sozialdemokratischen Presse heranwächst, muß nicht bloß ein gottentfremdetes, sondern auch ein gottfeindliches werden, denn es huldigt der Lehre: Kein Gott über uns und kein Höherer! — Die sozialdemokratische Presse hat eine zu große Bewegungsfreiheit und darf Unglaubliches schreiben, ohne belästigt zu werden. Sie hat durch ihre Verführungsarbeit in den Köpfen von Tausenden und Abertausenden gar nicht zu ermessendes Unheil angerichtet, das in seinen Folgen weit schlimmer ist, als jene Bestrebungen, die man durch das Sozialistengesetz treffen wollte. Inserate und Abonnenten fallen ihr mit Leichtigkeit zu, und auch bürgerliche Kreise zählen zu ihren Lesern und Inserenten. Sogar bis in die höchsten Beamtenstellen und bis hinauf in die Ministerien ist die Angst vor der Kritik der Sozialdemokratie und ihrer Presse verbreitet.

Der Erfolg bei den Wahlen,

wie er in den Stimmen und Mandaten der sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck kommt, ist ein Hauptfaktor in ihrer öffentlichen Macht-

stellung. Da mit der Gefahr des Ueberganges eines Mandates in den sozialdemokratischen Besitz gerechnet werden muß, sobald einmal deren Stimmenstärke 20 Prozent der Wahlberechtigten überschritten hat, ist es denkbar, daß in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie die Mehrheit im Deutschen Reichstag bekommen kann. Nach den Ergebnissen der letzten Reichstagswahl am 12. Januar 1912 gibt es unter den 397 Reichstagswahlkreisen 215, also mehr als die Hälfte, in welchen die Sozialdemokratie mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten auf ihrer Seite hat; nimmt man 25 Prozent als Grenze an, dann 182, bei 30 Prozent sogar 146 Wahlkreise, die baldigst in sozialdemokratischen Besitz übergehen können. Seit 1903 sind die sozialdemokratischen Stimmen von 106 Wahlkreisen mit einer Stimmenstärke von 15 bis 30 Prozent nur in 11 Kreisen zurückgegangen. Wenn wir noch zwei Wahlschlachten geschlagen haben, also bis zum Jahre 1922, keine Reichstagsauflösung dazwischen kommt und die Dinge sich wie bisher weiter entwickeln, dann wird es bis 1922 statt 93 Wahlkreise mit höchst beunruhigender Stimmenstärke der Sozialdemokratie deren zwischen 140 und 150 geben. Und was dann?

Die Mitläufer

machen die Sozialdemokratie zur Sammelstelle der minderwertigen Wähler, für die es kein Wahlrecht geben sollte. Sie bilden die traurigsten Elemente im politischen Leben; wer aus Mangel sozialdemokratisch wählt, ist des Wahlrechts nicht wert. Diese Mitläufer vermindern sich nicht, sie vergrößern sich noch. Ihre Zahl und die Stichwählerfolge der Sozialdemokratie sind die schlimmsten Kapitel der Geschichte der politischen Parteien Deutschlands. Von sozialdemokratischen Stichwählerfolgen sollte man überhaupt nicht reden müssen.

Wackers Vorschläge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie

gipfeln teils in offenen, teils in versteckten Aufforderungen an die Staatsgewalt, ihre Macht rücksichtslos zu gebrauchen.

„In sämtlichen deutschen Bundesstaaten müßten eigene Stellen errichtet werden ähnlich den statistischen Ämtern, die mit der speziellen Aufgabe betraut wären, Zusammenstellungen über die Leistungen sozialdemokratischer Blätter und Schriften zu machen und periodisch wiederkehrende Gesamtbilder dieser Leistungen zusammenzustellen. Würden sie auch nur über den kurzen Zeitraum von drei Jahren aufgestellt, dann bedürfte es einer weiteren Diskussion über die Gefahr der sozialdemokratischen Presse nicht. Man sollte ferner wissen, wieviel Prozent der sozialdemokratischen Stimmen von Mitläufern herrühren und deshalb von den $4\frac{1}{4}$ Millionen sozialdemokratischer Stimmen eigentlich abgezogen werden müßten,

und wieviel von eigentlichen Sozialdemokraten stammen. Man sollte wissen können, wie viele Abonnenten sozialdemokratischer Blätter bürgerlichen Kreisen zugehören. Man sollte wissen können, wie groß die Zahl der Beamten ist, vom niedersten Grad bis hinauf zu den höchsten Stellen, die Sozialdemokraten sind oder doch mit der Sozialdemokratie sympathisieren. Man sollte wissen können, wie groß die Zahl der Arbeiter im Dienste des Staates ist, welche der Sozialdemokratie zugezählt werden müssen. Man sollte wissen können, wie groß die Zahl derer ist, die berufsmäßig an der Heranbildung und Erziehung unserer Jugend arbeiten, vom jüngsten Volksschullehrer bis hinauf zu angesehenen Universitätsprofessoren und die auf der Seite der Sozialdemokratie stehen. Man sollte wissen können, wie viele ausgebildete, also in den Waffen geübte Staatsbürger dem sozialdemokratischen Lager zugehören. Und man sollte auch wissen können, wie zahlreich die Tausende oder auch Millionen sind, welche die Arbeiterwelt den Klassen der Sozialdemokratie hat zur Verfügung stellen müssen. Diese Tausende oder auch Millionen, die hat zum großen Teil die bürgerliche Gesellschaft zahlen müssen. Diese Statistiken und Erhebungen hätten sich nicht nur zu erstrecken auf die Reichstagswahlen, sondern auch auf die Landtagswahlen in den einzelnen Bundesstaaten, ebenso auf die Gemeindevahlen.“

Würden die gemachten Vorschläge und Anleitungen durchgeführt, dann käme man wohl zu der Ueberzeugung, daß gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr große Besorgnis am Platze sei.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden.

Die industrielle Entwicklung eines Landes bildet den untrüglichen Maßstab für die Stärke oder Schwäche der Arbeiterbewegung. Die deutsche Sozialdemokratie hängt aufs innigste mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches zusammen. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus ausdehnt, wie er größere Arbeitermassen in die tägliche Fron zwingt, entstehen die Klassengegenstände zwischen den Besitzern und Nutznießern der Produktionsmittel und den von diesen Losgelösten und daher Besitzlosen. Die Arbeiterbewegung folgt also dem Kapitalismus, wie der Schatten der Person. Eines ist nicht ohne das andere denkbar.

Dieses eiserne Gesetz, das mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht und fällt, machte natürlich auch vor dem Bundesstaat Baden nicht Halt. Der „reine Agrarstaat“ wurde mit Betrieben, Fabriken usw. durchsetzt und heute darf behauptet werden, daß über die Hälfte der badischen Bevölkerung in Industrie, Handel und Gewerbe tätig ist und nur noch etwa Zweifünftel ihre

ausschließliche Existenz in der Landwirtschaft finden. Die nachfolgenden Untersuchungen erstrecken sich in ihrem ersten Teile auf Gewerbe und Industrie, im zweiten Teile nur auf die Industrie, da die letztere hauptsächlich für unsere Zwecke in Betracht kommt. Als Unterlage sind genommen die Ergebnisse der Gewerbezahlungen von 1882, 1895 und 1907 nach der Zusammenstellung des Statistischen Landesamts für das Großherzogtum Baden sowie die Mitteilungen der badischen Fabrikinspektion bezw. des jetzigen Gewerbeaufsichtsamtes.

Gewerbe und Industrie haben beschäftigt:

| | Personen | Prozent der Gesamtbevölkerung |
|------|----------|-------------------------------|
| 1882 | 491 956 | 31,6 |
| 1895 | 598,153 | 34,8 |
| 1907 | 830 808 | 40,4 |

Man darf also eine beständige, zum Teil beträchtliche Steigerung der in Industrie und Gewerbe tätigen Personen konstatieren, und zwar eine Zunahme

von 1882 bis 1895 um 106 197 Personen

von 1895 bis 1907 um 232 655 Personen.

Die Zunahme von 1895 bis 1907 ist doppelt so stark, wie jene von 1882 bis 1895. Baden trat erst in den 90er Jahren in die Reihen der deutschen Bundesstaaten ein, die eine rasch fortschreitende Industrialisierung aufweisen. Seit 30 Jahren hat sich die Zahl jener, welche ihre Existenz in der Industrie und im Gewerbe finden, fast verdoppelt. Diese Feststellung ist ein unantastbarer Beweis für die von uns schon oft aufgestellte Behauptung, daß auch die landwirtschaftliche Bevölkerung Badens den Bevölkerungsüberschuß in die Städte und Industrieorte abschiebt, weil sie nicht in der Lage ist, ihm Lohn und Brot zu bieten. Auf der anderen Seite wird dadurch ein weiterer Beitrag zur politischen Benachteiligung der Städte geliefert, deren Rechte durch die Wahlkreiseinteilung bei der Reichstagswahl und zum Teil auch bei der Landtagswahl wesentlich beeinträchtigt sind. Denn mit der Industrialisierung eines Landes wird auch der Schwerpunkt der Steuerkraft in die Industriezentren verlegt. Das lehrt das nachfolgende Kapitel: Die Einkommensteuerverhältnisse Badens, das beweist auch der vor 4 Jahren im badischen Landtag durch einen sozialdemokratischen Redner geführte Nachweis, daß von dem Gesamtbetrag der Einkommensteuer in Baden

61 Prozent von Industrie, Gewerbe und Handel und nur

39 Prozent von der Landwirtschaft

getragen werden. Diese Zahlen haben sich inzwischen nicht zugunsten der Landwirtschaft verschoben.

Die gewerblichen Betriebe.

Recht lehrreich ist zunächst ein Vergleich zwischen den Zahlen von 1895 und 1907. Er zeigt an der Hand der Zahlen die Ver-

chiebung und das Aufgehen der Kleinen in die mittleren und der mittleren in die Großbetriebe, und wiederum die Verschmelzung der Nebenbetriebe mit den Hauptbetrieben. Einschließlich Bergbau und Baugewerbe waren in der Industrie Badens vorhanden:

| | Betriebe überhaupt | darunter Alleinbetriebe | Gehilfen- und Motorenbetriebe | Neben- betriebe |
|------|-----------------------|----------------------------|----------------------------------|--------------------|
| 1895 | 91 042 | 39 580 | 34 282 | 17 180 |
| 1907 | 86 772 | 34 661 | 39 699 | 12 412 |

Die in den deutschen Industriegegenden sich immer mehr bemerkbar machende Tendenz, daß die Zahl der Betriebe an sich abnimmt, die sogen. Motoren- und Kraftbetriebe aber zu, ersehen wir auch aus dieser Statistik. Es haben von 1895 bis 1907

abgenommen

die Betriebe überhaupt um 4270 oder 4 Prozent,

zugewonnen

die Gehilfen- und Motorenbetriebe um 5417 oder 15 Prozent.

Den gleichen Entwicklungsgang können wir verfolgen bei den Allein- und ebenso bei den Nebenbetrieben. In der Berichtsperiode haben

abgenommen

die Alleinbetriebe um 4919 oder 12 Prozent,

die Nebenbetriebe um 4768 oder 27 Prozent.

In dem Zeitraum von 12 Jahren sind also ein Teil der Allein- und Nebenbetriebe in den Haupt- und motorischen Betrieben aufgegangen, ein neuer Beweis zu dem alten Thema, daß zwar der Kleinbetrieb nicht in dem Maße verschwindet, wie man noch vor 10 und 15 Jahren annahm, daß aber doch eine beständige Ausrottung und Umformung stattfindet und die mittleren und größeren Betriebe, wie schon eingangs bemerkt, sich rascher wie die kleineren vermehren. Sagt doch auch das Statistische Landesamt in seiner Besprechung der Gewerbezahlung von 1907: „Die fortschreitende Ablösung des Kleinbetriebs durch den Mittelbetrieb und dieses durch den Großbetrieb und die gegen früher rasche Zunahme der letzteren sind das augenfällige Gepräge der neuzeitigen Entwicklung im Gewerbe, Handel und Verkehr des Großherzogtums Baden.“ Dafür zeugen auch die weiteren Zahlen über die

Zunahme der Großbetriebe.

Man ermittelte:

Betriebe von 51 und mehr be-
schäftigten Personen:

1895 818

1907 1460

Mehr seit 1895: 642 = 78%

Betriebe, in welchen über 1000
Personen beschäftigt werden:

1895 6

1907 11

Mehr seit 1895: 5 = 83%

Geradezu sprunghaft ist also das Anwachsen der Großbetriebe vor sich gegangen. Die folgenden Branchen sind daran in der Hauptsache beteiligt:

Betriebe von 51 und mehr beschäftigten Personen gab es:

| | 1895 | 1907 | Mehr | |
|-------------------------------------------------|------|------|------|------------|
| Holz- und Schnitzstoffe | 25 | 84 | 59 | oder 236 % |
| Baugewerbe | 93 | 221 | 128 | „ 137 „ |
| Metallverarbeitung | 91 | 204 | 113 | „ 124 „ |
| Maschinen, Instrumente u. Apparate | 77 | 143 | 66 | „ 85 „ |
| Nahrungs- u. Genussmittel | 226 | 323 | 97 | „ 44 „ |
| Textilindustrie | 122 | 146 | 24 | „ 20 „ |

Der kurze Zeitraum von 12 Jahren hat genügt, um aus mittl-eren Betrieben große und sogar solche zu machen, die über 1000 Personen beschäftigen. Das bestätigt den Siegeslauf der Industrie auch in Baden aufs glänzendste. Und wir stehen noch nicht vor dem Abschluß dieser Epoche. Seit 1907 sind fünf Jahre verflossen; es ist nicht anzunehmen, daß sich etwa eine rückläufige Tendenz herausgebildet hat. Ganz im Gegenteil dürfte die Kartellierung und Verschmelzung einzelner Industriezweige, die Betriebsausdehnung und die Erweiterung zum Großbetrieb zugenommen haben. Das beweisen auch die nachfolgenden Zahlen, die uns ein Bild geben, in wie hohem Maße die Industrie die Arbeiterkräfte an sich gerissen hat. In der Industrie Badens, einschließlic des Bergbaues und des Baugewerbes, betrug die

Gesamtzahl der gewerblich tätigen Personen:

| | | | |
|----------------|----------|------------------------|----------|
| 1882 | 205 968, | darunter 48 365 Frauen | |
| 1895 | 288 830, | „ | 75 547 „ |
| 1907 | 411 084, | „ | 99 897 „ |

Wie schon eingangs bei der Angabe der im Gewerbe und in der Industrie beschäftigten Personen und später bei der Zunahme der Betriebe geschildert worden ist, ergibt sich auch hier der starke Zuwachs des Personals von 1895 bis 1907. Seit 1882 hat sich die Zahl der in der Industrie tätigen Personen genau verdoppelt. Wollen wir aber zu den Resultaten gelangen, auf die es uns bei diesen Nachweisen überhaupt ankommt, nämlich auf die Zunahme der Industriearbeiterschaft, dann müssen wir von den letztgenannten Personen das Verwaltungs- und Kontorpersonal, das Aufsichtspersonal und die Inhaber abziehen und wir erhalten dann wie folgt

die Zahl der Industriearbeiter:

| | Arbeiter insges. | darunter weibl. |
|------|------------------|-----------------|
| 1882 | 124 352 | 30 445 |
| 1895 | 204 054 | 52 742 |
| 1907 | 305 956 | 74 747 |

Wir können also von 1882—1895 eine Zunahme von rund 80 000, von 1895—1907 eine solche von rund 100 000 Industriearbeitern konstatieren. In diesen Zahlen liegt — geben Sie acht, Herr Geistl. Rat Wacker! — die „sozialdemokratische Gefahr“. Die 306 000 Industriearbeiter, welche natürlich in den letzten 5 Jahren eine weitere Zunahme erfahren haben, sind dem badischen Kapitalismus auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Sie mußten den Klassenkampf, den Kampf um kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne einerseits, den politischen Kampf um Wahrung und Erweiterung ihrer politischen Rechte andererseits führen, wollten sie sich nicht selbst zu willenlosen Sklaven des Unternehmertums und zu politischen Eunuchen der bürgerlichen Parteien degradieren. Wie in der Abteilung: Sozialdemokratische Bewegung dargelegt ist, läßt sich aus der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen mit logischer Konsequenz die Ausdehnung der Industrie und die Zunahme der Industriearbeiterschaft nachweisen. Hier liegt der Schlüssel zum objektiven Verständnis der badischen Arbeiterbewegung. In dieser Auffassung bestärken uns auch

die badischen Fabrikinspektionsberichte.

Bekanntlich werden in der Hauptsache nur die Betriebe revidiert, die mehr als 10 Personen beschäftigen oder motorische Kraft anwenden oder „Verordnungsbetriebe“ sind. Es ergibt sich darnach folgendes:

| | Vorhandene Betriebe | Beschäft. Arbeiter |
|------|---------------------|--------------------|
| 1902 | 7 728 | 191 029 |
| 1905 | 9 040 | 208 943 |
| 1907 | 10 142 | 235 327 |
| 1909 | 10 704 | 234 744 |
| 1911 | 11 389 | 263 880 |

Bei der Würdigung dieser Zahlen fällt auf, daß im Jahre 1909 die Arbeiterzahl abgenommen hat. Dem ist nicht so; der Bericht der Fabrikinspektion von 1908 klärt darüber auf, daß von diesem Zeitpunkt ab die gewerblichen Nebenbetriebe der Staats- und Privatbahnen (einschließlich der Straßen- und Bergbahnen), weil sie angeblich nicht unter die Gewerbeordnung fallen, von der Erhebung ausgeschlossen worden sind und damit auch die kontrollierte Arbeiterzahl sich vermindert hat. Ferner ist bezüglich der Steigerung der revidierten Fabrikbetriebe noch zu bemerken, daß die Zahl der revidierten Betriebe stetig erweitert worden ist. 1903 kamen die Dreschmaschinen mit Motoren hinzu, 1904 die Maßwerkstätten für Frauen- und Kinderbekleidung, 1906 die nicht fabrikmäßig betriebenen Maler-, Anstreicher- und Lackiergeschäfte und 1907 die sämtlichen nicht fabrikmäßig betriebenen Werkstätten der Tabakindustrie sowie die Motor-Nebenbetriebe des Handels- und Verkehrsgewerbes. Gleichwohl bemerken wir auch hier ein stetiges Anwachsen der Betriebe und demgemäß auch der Arbeiterzahl. Zu erwähnen wäre noch die starke

Vermehrung der Arbeiter in den Großbetrieben.

| Man zählte | Großbetriebe | Beschäft. Arbeiter | Mehr |
|------------|--------------|--------------------|---------------|
| 1895 | 818 | 103 409 | 84 747 |
| 1907 | 1460 | 188 156 | oder 81 Proz. |

Die Frauenarbeit

hat ebenfalls eine starke Zunahme erfahren. Das ergeben die Zahlen in der Tabelle: Industriearbeiter 1882: 30 445, 1895: 52 742, 1907: 74 747; der Fabrikinspektionsbericht von 1911 verzeichnet in den 11 389 revisionspflichtigen Betrieben eine Arbeiterinnenzahl von 80 326. Damit übertrifft Baden den Durchschnitt der im Reiche beschäftigten Frauen um 4—5 Prozent. Fast ein Drittel, nämlich 23 990 waren verheiratet; in der Textilindustrie allein 5738. Wir brauchen nicht erst zu schildern, welche Gefahren für das Familienleben und für die Erziehung der Kinder die Fabrikarbeit verheirateter Frauen mit sich bringt. Ihre Lasten sind doppelte; der Kapitalismus schenkt ihnen bezüglich der Arbeitsleistung nichts und das Hauswesen erfordert ebenfalls noch einen nicht kleinen Teil ihrer oft recht schwachen Arbeitskraft. Die meisten weiblichen Personen werden in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel beschäftigt; es sind 1911 31 983 gewesen (28 576 entfallen auf die Zigarrenfabriken). Die Textilindustrie beansprucht die größte Zahl von weiblichen Hilfskräften, nämlich 20 010; ihr folgt die Gruppe Metallverarbeitung mit 10 137. Diese drei Gruppen beschäftigen zusammen also mehr als drei Viertel aller weiblichen Hilfskräfte.

Das Wachstum der Bevölkerung in Baden:

| | | |
|------|-----------|-----------|
| 1871 | 1 461 562 | Einwohner |
| 1880 | 1 570 254 | " |
| 1890 | 1 657 867 | " |
| 1900 | 1 867 944 | " |
| 1905 | 2 010 728 | " |
| 1910 | 2 142 833 | " |

Es erübrigt sich, an die vorstehende Statistik längere Schlussfolgerungen zu knüpfen. Wer sie aufmerksam liest und logisch zu denken vermag, der muß zu der Auffassung kommen, daß der Industrie in Baden eine bedeutende Rolle für die Ernährung und für die Existenzmöglichkeit seiner Bevölkerung zugeteilt ist. Und damit sind verknüpft alle jene politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, die Herr Wacker unter dem Schlagwort: Die sozialdemokratische Gefahr! in seine Scharfmacherbetrachtungen einbezogen hat.

Die Einkommensteuerverhältnisse Badens.

Mit der näheren Kennzeichnung der wirtschaftlichen Gliederung des badischen Volkes hängt eng zusammen die Betrachtung über die Tendenz der Entwicklung der Steuerverhältnisse. Folgen wir

der Steuerstatistik von 1910, so ergibt sich das folgende Bild: Es versteuerten in Baden ein Einkommen von

| | | | | |
|-------------|-------|--------|---------|--------------|
| 900 bis | 3 000 | Mk. | 378 617 | Steuerzahler |
| 3 000 | " | 5 000 | " | 29 185 |
| 5 000 | " | 10 000 | " | 13 587 |
| 10 000 | " | 20 000 | " | 4 192 |
| 20 000 | " | 50 000 | " | 1 650 |
| über 50 000 | " | — | " | 660 |
| 1 000 000 | " | " | " | 253 |

Auf der breiten Grundlage der unteren Einkommenschichten baut sich also die badische Steuerpyramide auf; schwach und schwächer wird die Spitze, bis sie ihren Endpunkt in — 253 Millionären findet, die ein jährliches Einkommen von je 1 000 000 Mk. versteuern, während 378 617 Steuerzahler mit einem Einkommen von 900 bis 3000 Mk. das Gros der steuerpflichtigen Bevölkerung ausmachen. Nun darf man aber nicht annehmen, daß diese 378 617 sämtlich bis zu 3000 Mk. jährlich verdienen. Die weitere Einkommensgliederung sagt uns vielmehr, daß

900 Mk. nicht erreichen etwa 160 000 Personen,
1500 Mk. nicht erreichen etwa 247 000 Personen.

Diese Feststellung läßt obige Zahlen noch in einer wesentlich schlimmeren Form erscheinen. Drei Viertel der badischen Bevölkerung haben im täglichen harten Kampfe um ihre Existenz zu ringen, und das andere Viertel wird reicher, immer reicher, häufig, ohne daß es erhebliche Arbeit deswegen verrichtet. Denn auch das ergibt die badische Einkommensteuerstatistik von 1910 mit aller Deutlichkeit. Das Gesamteinkommen der badischen Bevölkerung betrug

| | |
|----------------|-----------------|
| 1904 | 673 477 700 Mk. |
| 1910 | 927 941 900 Mk. |

Zuwachs: 254 464 200 = 36 Proz.

Im Durchschnitt wuchs mithin das Einkommen um 36 Proz., aber das Bild ändert sich sofort, wenn wir die höheren Einkommen betrachten. 1904 gab es nur 454 Steuerzahler mit einem jährlichen Einkommen von 50 000 Mk. und darüber, 1910 aber 660. Sie verfügten

1904 über ein Gesamteinkommen von 57 784 000 Mk.,
1910 über ein Gesamteinkommen von 104 102 000 Mk. = 80 Proz.

Das Einkommen der reichen Oberschicht mehrte sich um 80 Prozent, das des Durchschnittssteuerzahlers aber nur um 36, also um weniger als die Hälfte. Nach einer anderen Berechnung darf man die Steigerung der Durchschnittseinkommen von 1904 bis 1910 wie folgt feststellen:

| | |
|-----------------|-------------------|
| 900—3000 Mk. um | 72 Mk. |
| Über 100 000 | Mk. um 69 000 Mk. |
| Über 200 000 | Mk. um 92 000 Mk. |

Kapital fügt sich zu Kapital! Die Schicht der Einkommen von über 50 000 Mk. barg 1904 erst ein Zwölftel, 1910 aber schon ein Neuntel des gesamten Steuerbetrages der Einkommen über 900 Mk. Und diese Tendenz macht sich von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar. Sie ist auch letzten Endes die Ursache des heftigen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, weil die breiten Massen mit steigender Erbitterung wahrnehmen, daß sie trotz eines arbeits- und sorgenreichen Lebens recht froh sein müssen, wenn sie sich ehrlich und redlich durch die Welt schlagen, während die oberste Spitze auch der badischen Steuerpyramide fast mühelos Vermögen auf Vermögen häuft und sich das Leben immer schöner und genußreicher gestalten kann. Da bedarf es keiner großen Heze durch die Sozialdemokratie, um auf diese Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufmerksam zu machen. Auch die untersten Schichten der Bevölkerung haben lesen und — denken gelernt. Und Vergleiche zwischen Besitzenden und Besitzlosen ergeben sich im täglichen Leben mehr als genug! —

*

An die Einkommensteuer reiht sich an die Vermögenssteuer. Es waren in Baden im Jahre 1910 dazu 377 472 physische oder juristische Personen veranlagt, 50 400 weniger als zur Einkommensteuer. In das Vermögenssteuerverkataster wurden im Großherzogtum Baden Werte in der Höhe von 11 Milliarden 366 Millionen Mark aufgenommen. Damit rangiert es mit den Einnahmen aus direkten Steuern in Deutschland an 6. Stelle. In der Hauptsache schaffen die Städte die Vermögenswerte. So versteuert durchschnittlich ein Steuerpflichtiger in Mannheim 91 437 Mk. Vermögen, in Freiburg 52 340, in Baden-Baden 49 590, in Karlsruhe 45 490, im ländlichen Bezirk Wörzburg aber nur 8302 Mk. Daß diese Steuerunterschiede noch zum Nachteil der Städte — siehe Einteilung der Reichstagswahlkreise — ausgenützt werden, ist das Seltsame an unserer an Seltenheiten nicht eben armen Steuerpolitik der Mehrheitsparteien der Parlamente. — Gruppieren wir das Vermögen in Baden, dann ergibt sich folgende Zusammenstellung: Es versteuern

| | |
|----------------------------------|----------------|
| unter 5 000 Mk. | 48,02 Prozent, |
| unter 25 000 Mk. | 86 Prozent, |
| mehr als 1 000 000 Mk. | 0,22 Prozent. |

Einbegriffen sind darin jedesmal die 324 in Baden bestehenden Aktiengesellschaften, die 500 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die 117 Kommanditgesellschaften. Die Zahl der Personen und Gesellschaften, welche mehr als eine Million Vermögen versteuern, beträgt 843; sie besitzen zusammen 2700 Millionen Mark und verteilen sich auf folgende Städte: Es wohnen

| | Vermögens- | Einkommens- | Zusammen |
|----------------|------------|-------------|----------|
| | Millionäre | | |
| in Mannheim | 209 | 223 | 432 |
| in Karlsruhe | 95 | 116 | 211 |
| in Freiburg | 90 | 87 | 177 |
| in Heidelberg | 57 | 75 | 132 |
| in Pforzheim | 36 | 65 | 101 |
| in Baden-Baden | 35 | 22 | 57 |

Diese Zahlen lehren augenscheinlich, wie rasch der Umwandlung Badens in einen halbindustriellen Staat die Mehrung der Vermögen und Einkommen gefolgt ist. Den besten Beleg bietet Mannheim; diese badische Industriezentrale wird mit ihren 432 Millionären nur von wenigen Städten in Deutschland, die ungefähr die gleiche Einwohnerzahl haben, übertroffen. Aber auch sonst stehen z. B. den 247000 Einkommensteuerzahlern, die unter 1500 Mk. jährlich verdienen und deshalb äußerst sparsam leben müssen, noch recht hohe Vermögen gegenüber. Besitzen doch in Baden neun Personen mehr als je 20 Millionen Mark Vermögen; 10—20 Millionen Vermögen sind schon 22 Besitzern nachweisbar und 3—5 Millionen besitzen 61 Personen.

So ergibt also auch die badische Steuerstatistik, daß die Kluft zwischen den geringen und mittleren Einkommen einerseits und den großen Einkommen und Vermögen andererseits immer größer wird. Und darin liegt der Kern der sozialen Frage; es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Steuerföhen bei unseren Besitzenden stark ausgeprägt ist, während der Lohnarbeiter den letzten Pfennig versteuern muß. Erst vor einem Jahre hat der Verein badischer Grundherren (gez. Freiherr Göler von Ravensburg) an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in welcher die badischen Junker den Schutz des Reichskanzlers gegen die badische Steuerbehörde anrufen. Es wird darin ausgeführt, daß die badische Steuerbehörde immer die ungünstigsten Bestimmungen des Reichserbchaftsteuergesetzes (das bekanntlich die Kinder und Ehegatten frei läßt) bei ihren Einschätzungen gegen die Grundherren anwende. Die Grundherren forderten nun, daß auch die Staatssteuern, sowie die Beförderungsteuer, die allgemeine Kirchensteuer, die Feuerversicherungsbeiträge und etwaige Kirchenpatronatslasten in Abzug gebracht werden dürfen. Ob der Reichskanzler dem Ersuchen stattgegeben, ist uns nicht bekannt, aber es zeugt wenigstens von glühendem Patriotismus der allerdurchlauchtigsten Herren, die zugleich Gesetzgeber in der 1. badischen Kammer sind, wenn sie sich beim Reichskanzler über den eigenen Heimatstaat beschweren, weil dieser es wagt, sie gleich anderen Staatsbürgern steuerlich zu belasten.

Diesem staatserkhaltenden Vorgehen reißt sich würdig an der Generalpardon für Steuerdrückeberger, den das badische Finanzministerium im Frühjahr 1912 erließ. Es wurde „Steuerpflichtigen, die bisher ihr Vermögen oder ihr Einkommen oder

beides gar nicht oder zu niedrig versteuert hatten, die nachträgliche Anmeldung erleichtert. Wer das Veräumte freiwillig und innerhalb der gestellten Frist nachholte, blieb nicht allein straf-frei, sondern hatte auch für das vergangene Jahr keine Steuer nachträglich zu zahlen.“ Dieser Steuerpardon mußte sogar wie-derholt werden, damit die Herrschaften von Besitz und vielleicht auch Bildung wegen Vernachlässigung ihrer Steuerpflicht nicht all-zusehr kompromittiert wurden.

Die sozialdemokratische Bewegung.

Es ist nicht beabsichtigt, im nachstehenden eine Geschichte der Sozialdemokratie Badens zu schreiben. Das muß berufeneren Federn überlassen bleiben, weil dazu vor allem auch persönliches Erleben gehört. Die statistischen und sonstigen Nachweise fehlen — abgesehen von den amtlichen Veröffentlichungen über Reichs- und Landtags-wahlen — für die 80er und 90er Jahre des verfloffenen Jahrhun-derts fast vollständig. Nur soviel ergeben die Wahlziffern über die Reichstagswahlen, daß die sozialdemokratische Partei Badens im Jahre 1874 zum ersten mal sich an den Reichstagswahlen beteiligte. Ganz selbstverständlich waren es die Industriekreise Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe, die bahnbrechend vorangingen, und zwar Pforzheim mit 1599, Mannheim mit 1056 und Karlsruhe mit 627 sozialdemokratischen Stimmen; auch im Heidelberger und Lörracher Kreise wurden schon Stimmen — 64 und 170 — abgegeben. Im Abstände folgten dann die Kreise Konstanz, Freiburg bei der Wahl von 1877, dann Baden 1878, Willingen, Lahr, Bretten 1884, Walds-hut und Tauberbischofsheim 1890. Die nachfolgende Tabelle verzeich-net das zahlenmäßige und prozentuale Anwachsen der badischen Sozialdemokratie bei den

Reichstagswahlen:

| | Stimmen | Prozente der ab- gegebenen Stimmen |
|------|---------|---------------------------------------|
| 1874 | 3 516 | 1,5 |
| 1877 | 3 593 | 1,5 |
| 1878 | 3 803 | 1,7 |
| 1881 | 4 700 | 2,3 |
| 1884 | 11 027 | 5,3 |
| 1887 | 13 088 | 4,8 |
| 1890 | 30 094 | 11,4 |
| 1893 | 37 559 | 14,1 |
| 1898 | 50 329 | 19,0 |
| 1903 | 72 300 | 21,9 |
| 1907 | 93 300 | 23,9 |
| 1912 | 117 154 | 28,3 |

Wir bemerken ein fast völlig gleichmäßiges Anschwellen der sozial-demokratischen Stimmen. Seit 1903, also innerhalb eines Zeit-

raumes von 8½ Jahren, betrug die Zunahme 44 854 oder 62 Proz. Mit großer Betrübnis stellte auch vor zwei Jahren, am 13. Juli 1910, der Vertreter des grundherrlichen Adels, der klerikale Frhr. v. Stögingen, in der 1. Kammer fest, daß von 1887 bis 1907 die Sozialdemokratie im Reiche um 320 Proz., in Baden aber um 614 Proz. an Stimmen gewachsen sei. — Mit diesem Zugeständnis können wir zufrieden sein. Wenn gleichwohl zurzeit die badische Sozialdemokratie nur durch einen Reichstagsabgeordneten (Dr. Frank für Mannheim) vertreten ist, während das Zentrum mit 129 134 Stimmen 6 Abgeordnete, der liberale Block mit 138 979 Stimmen ebenfalls 6, die Konservativen schon mit 13 524 (unter denen sich noch viele Zentrumsstimmen befinden) einen Abgeordneten nach Berlin entsenden, so offenbart sich in dieser Tatsache auch für Baden die krasse Ungerechtigkeit der jetzigen Wahlkreiseinteilung. Im Durchschnitt entfallen — nach den Wahlziffern vom 12. Januar — auf einen gewählten Sozialdemokraten im Reiche 38 639 Stimmen; unsere Partei als zweitstärkste in Baden (Zentrum 129 134, Nationalliberale 107 947, Fortschrittll. Volkspartei 31 032) hätte somit Anspruch auf mindestens drei Reichstagsmandate. — Günstiger liegen die Verhältnisse bei den

Landtagswahlen.

Eine Stimmzählung unter dem indirekten Wahlrecht ist nicht tunlich, da die sozialdemokratische Partei bei den Wahlmännerwahlen mehrfach für sogenannte Kompromiß-Kandidaten (Demokraten, Freisinnige, Zentrum) stimmen mußte, um sich überhaupt eine Vertretung im Landtage zu sichern. Nach Einführung des direkten Wahlrechts ergeben sich die folgenden Zahlen:

| | | |
|----------------|---------|------------------|
| | Stimmen | Proz. der abgeg. |
| | | Stimmen |
| 1905 | 50 431 | 17 |
| 1909 | 86 078 | 28 |

Die Zunahme beträgt 35 647 oder 65 Prozent. Die

Mandatsverhältnisse

verzeichnen die folgende Entwicklung. Die badische Sozialdemokratie war vertreten in den Gesetzgebungsperioden

| Landtag | | Reichstag | |
|------------|---------------|------------|---------------|
| 1891 durch | 2 Abgeordnete | 1890 durch | 1 Abgeordnete |
| 1893 " | 3 " | 1893 " | 0 " |
| 1895 " | 3 " | 1898 " | 3 " |
| 1897 " | 5 " | 1903 " | 3 " |
| 1899 " | 7 " | 1907 " | 3 " |
| 1901 " | 6 " | 1912 " | 1 " |
| 1903 " | 6 " | | |
| 1905 " | 12 " | | |
| 1909 " | 20 " | | |

Die politische Organisation

der badischen Sozialdemokratie hatte selbstverständlich schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Wahlvereinen der Städte und auch einzelner Landorte Mitglieder aufzuweisen; eine zahlenmäßige Uebersicht ist aber, da, wie schon oben bemerkt, nähere Anhaltspunkte fehlen, erst vom Jahre 1903 ab möglich. Sie gestaltet sich wie folgt:

| | Mitgliedschaften | Männliche Mitglieder | Weibliche Mitglieder | Zusammen | Zunahme |
|--------|------------------|----------------------|----------------------|----------|---------|
| 1903 | 88 | 4 004 | — | 4 004 | — |
| 1904 | 96 | 6 350 | — | 6 350 | 2346 |
| 1905 | 114 | 7 332 | — | 7 332 | 982 |
| 1908 | 171 | 12 985 | 350 | 13 335 | 5003 |
| 1909 | 167 | 13 403 | 384 | 13 787 | 447 |
| 1910 | 196 | 14 188 | 455 | 14 643 | 856 |
| 1911 | 208 | 17 245 | 1437 | 18 632 | 4039 |
| 1912*) | 218 | 18 688 | 1574 | 20 262 | 1580 |

An den vorstehenden Zahlen ist überraschend die geradezu sprunghafte Zunahme der Organisierten in einzelnen Jahren. Daß noch viele sozialdemokratische Wähler für die Organisation gewonnen werden können, ergibt ein Vergleich mit den sozialdemokratischen Wählerstimmen für den Reichstag und Landtag ganz von selbst. — Der

derzeitige Stand der Parteibewegung in Baden ist folgender:

- 1 Reichstagsabgeordneter,
- 20 Landtagsabgeordnete,
- 1486 Gemeindevertreter,
- 118 Gemeinde- und Stadträte,
- 2 Bürgermeister,
- 117 154 Stimmen bei der Reichstagswahl von 1912,
- 86 078 Stimmen bei der Landtagswahl von 1909,
- 45 000 Abonnenten der sozialdem. Presse Badens,
- 20 262 Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine.

Die entsprechenden Zahlen für ganz Deutschland, die Herr Wacker auch in seiner Ravensburger Rede zitierte und die ihm die sozialdemokratische Gefahr noch verstärkten, sehen so aus:

- 110 Reichstagsabgeordnete,
- 220 Landtagsabgeordnete,
- 8 910 Gemeindevertreter,
- 4 250 000 Stimmen bei der Reichstagswahl von 1912,
- 900 000 Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine,
- 1 450 000 Abonnenten der Parteiblätter.

*) Bis 1. April.

An dieser organisierten Macht der deutschen Arbeiterklasse im allgemeinen, der badischen im besonderen, werden, müssen alle Scharfmacherpläne des Taktikers Wacker scheitern.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Will man die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung im Großherzogtum Baden zurückverfolgen bis in die 70er Jahre des verflossenen Jahrhunderts, so findet man nur wenige Gebilde gewerkschaftlichen Charakters. Es waren in damaliger Zeit vornehmlich die Buchdrucker und Hutmacher, die als Gewerkschaften in Betracht kamen. Daneben waren vereinzelt auch in verschiedenen anderen Berufen Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, insbesondere in den sogenannten Fachvereinen, zu finden. Die Fachvereinsbewegung nahm in den 80er Jahren trotz Sozialistengesetz in erfreulicher Weise zu. Leider liegt Zahlenmaterial, das Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben könnte, aus jener Zeit nicht vor. Auch aus den 90er Jahren ist das Zahlenmaterial so unvollständig und lückenhaft, daß sich damit nichts anfangen läßt. Das Statistische Jahrbuch für das Großherzogtum Baden enthält anfangs der 90er Jahre keinerlei Angaben über die Arbeiterorganisationen, ein Beweis dafür, daß man in jener Zeit den Organisationen der Arbeiterschaft im Großherzogtum Baden noch keinerlei Bedeutung beimaß.

In Ermangelung zuverlässigen Zahlenmaterials aus früherer Zeit geben wir eine Gegenüberstellung der Zahlen über die gewerkschaftlichen Organisationen aus den Jahren 1901 und 1909. (S. Seite 49.)

Die freien Gewerkschaften sind in dem Zeitraum von 1901 bis 1909 von 12 410 auf 53 954 Mitglieder angewachsen, sie haben also ihre Mitgliederzahl um über das Vierfache gesteigert, während die Hirsch-Dunckerschen Organisationen in derselben Zeit von 3995 auf 3970 zurückgingen. Die Hirsch-Dunckerschen Organisationen kommen als Gewerkschaften ernstlich nicht mehr in Betracht, zumal ein nicht unerheblicher Teil ihrer Mitglieder nicht der Arbeiterschaft zugezählt werden kann. Die christlichen Organisationen zeigen ein Anwachsen ihrer Mitgliederzahl von 6584 auf 21 823, sie sind also prozentual nahezu ebenso angewachsen, wie die freien Gewerkschaften. Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß die stärkste der in vorstehender Tabelle aufgeführten christlichen Organisationen, die der Eisenbahnbediensteten mit ihren 14 342 Mitgliedern, kaum als eine gewerkschaftliche Organisation angesprochen werden kann.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in Baden eine erfreuliche ist, sie zeigt ein stetes Fortschreiten während der letzten Jahre; die Zahlen aus dem Jahre 1911, die noch nicht vorliegen, werden dasselbe Bild

| Berufsorganisationen | Freie Gewerkschaften | | Hirsch-Dunker | | Christl. Gewerkschaften | |
|---------------------------------------------|----------------------|--------------|---------------|-------------|-------------------------|--------------|
| | 1901 | 1909 | 1901 | 1909 | 1901 | 1909 |
| Bäcker | 110 | 479 | — | — | — | — |
| Barbiere, Friseure | 37 | 29 | — | — | — | — |
| Bauarbeiter bezw. Handwerker | 130 | 1132 | 28 | 108 | — | 560 |
| Bildhauer | 135 | 61 | 34 | 14 | — | — |
| Böttcher | 211 | 264 | — | — | — | — |
| Brauer | 388 | 1512 | — | — | — | — |
| Buchbinder | 145 | 958 | — | — | — | — |
| Buchdrucker | 1219 | 2049 | — | — | — | 35 |
| Buchdruckereihilfsarbeiter | — | 319 | — | — | — | — |
| Dachdecker | 106 | 76 | — | — | — | — |
| Eisenbahnbedienstete | — | 2615 | — | — | 5497 | 14342 |
| Fabrikarbeiter | 106 | 2864 | 729 | 575 | — | — |
| Fleischer | — | 256 | — | — | — | — |
| Formstecher | 3 | — | — | — | — | — |
| Gastwirtsgehilfen | — | 174 | — | — | — | — |
| Gärtner | 4 | 106 | — | — | — | 41 |
| Gemeindearbeiter | 403 | 1828 | — | — | — | 1220 |
| Glasr | 296 | 286 | — | — | — | — |
| Graph. Beruf (Malcr, Steindrucker) | 449 | 385 | 189 | 85 | 24 | 196 |
| Gafenarbeiter | 103 | 555 | — | — | — | — |
| Handels- und Transportarbeiter | 133 | 1376 | — | — | — | — |
| Handschuhmacher | 20 | — | — | — | — | — |
| Hausangestellte | — | 145 | — | — | — | — |
| Holzarbeiter | 1513 | 3360 | — | 78 | 197 | 502 |
| Hutmacher | 50 | 32 | — | — | — | — |
| Kaufleute | — | 149 | 121 | 240 | — | 568 |
| Klempner, Maschinenbauer und Metallarbeiter | 2743 | 17134 | 985 | 811 | 174 | 954 |
| Kupferschmiede | 80 | 124 | — | — | — | — |
| Kürschner | — | 23 | — | — | — | — |
| Malcr | — | 981 | — | — | — | 162 |
| Maschinisten | 147 | 534 | — | — | — | — |
| Maurer | 459 | 5000 | — | — | 19 | — |
| Mühlcnarbeiter | 153 | 406 | — | — | — | — |
| Nichtgewerbliche Arbeiter | — | — | — | — | 53 | — |
| Porzellanarbeiter | 144 | 139 | — | — | — | — |
| Sattler | 52 | 100 | — | — | — | — |
| Schmiede | 155 | 538 | — | — | — | — |
| Schneider | 834 | 1015 | 248 | 222 | 25 | 203 |
| Schreiner | — | — | 231 | — | — | — |
| Schuhmacher und Lederarbeiter | 394 | 1082 | 219 | 225 | 20 | 132 |
| Steinarbeiter | 388 | 865 | — | — | — | — |
| Stoffateure | 65 | 636 | — | — | — | — |
| Tapezierer | 240 | 250 | — | — | — | — |
| Textilarbeiter | 248 | 1404 | 10 | 10 | 178 | 1190 |
| Töpfer | 81 | 253 | 38 | 92 | — | — |
| Uhrenindustriearbeiter | — | — | — | — | 215 | — |
| Bergolder | 6 | — | — | — | — | — |
| Zigarren- und Tabakarbeiter | 268 | 1499 | 1163 | 1510 | 182 | 1718 |
| Zimmerleute | 392 | 961 | — | — | — | — |
| Zusammen | 12410 | 53954 | 3995 | 3970 | 6584 | 21823 |

zeigen. Mit dieser Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung ist der allgemeinen Arbeiterbewegung eine kräftige Stütze gegeben.

Die gewerkschaftlichen Erfolge.

Inwieweit die Organisationen der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete ihre Aufgabe erfüllen, zeigt uns ein Blick in den letzten Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes. Wir finden dort, daß im Jahre 1911 im Großherzogtum Baden 52 Streiks und Aussperrungen stattfanden, 37 davon wegen Lohnfragen, 10 wegen Regelung der Arbeitszeit und 12 wegen Tarifabschluß. Von den Streiks endeten mit einem vollen Erfolg 9, mit teilweisem Erfolg 19, ohne Erfolg 15, mit Abschluß eines Tarifvertrags 7. Im Jahre 1911 wurden insgesamt 20 Kollektivverträge im Großherzogtum Baden abgeschlossen. Die Zahl der abgeschlossenen Einzelverträge belief sich 1911 auf 22. Bei dem Zustandekommen der 20 Kollektivverträge waren die freien Gewerkschaften in 15 Fällen, bei dem Abschluß der Einzelverträge in 19 Fällen beteiligt. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vollzieht sich also fast durchweg unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Erfolge der Lohnbewegungen zeigen sich in höheren Löhnen, verkürzter Arbeitszeit und auch in besserer Behandlung, in besserem Schutz der Arbeiterschaft gegenüber den Gefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind. Daneben unterlassen die gewerkschaftlichen Organisationen nicht, mehr und mehr Aufmerksamkeit der Hebung des geistigen Niveaus der Arbeiterschaft zuzuwenden. Die Ausgestaltung der Bibliotheken, der Gewerkschaftsorgane und des Versammlungslebens zeigt erfreuliche Fortschritte. So sind die Gewerkschaften auch im Großherzogtum Baden ein Hebel des Fortschritts, der kulturellen Entwicklung der arbeitenden Bevölkerung, aber auch ein sicherer Rückhalt im Kampfe um die materielle Besserstellung des arbeitenden Volkes geworden.

Die Genossenschaftsbewegung

ist in Baden innerhalb der Arbeiterschaft noch nicht in der Weise entwickelt, wie z. B. im Königreich Sachsen, in vielen Provinzen Preußens, in Hamburg usw. Immerhin sind auch in Baden — u. a. in Mannheim, Pforzheim, Freiburg, Lörrach und anderen Orten — recht hübsche Ansätze zum Ausbau des Genossenschaftswesens vorhanden; zurzeit sind bereits 44 badische Vereine mit 23 450 Mitgliedern dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen. In den meisten Vereinen befinden sich freiorganisierte Arbeiter in führender Stellung. Jedenfalls werden der modernen Arbeiterbewegung auch aus dem Genossenschaftswesen neue Kräfte zur Entfaltung ihrer Macht zuschießen. Denn der Wert des genossenschaftlichen Zusammenschlusses wird in der Zeit der stetigen Teuerung mehr und mehr erkannt.

Besteht also die sozialdemokratische Gefahr?

Ja und nein! Sie besteht in dem Sinne, daß die in den vorhergehenden Kapiteln vorgenommenen Untersuchungen über die langsame, aber sichere Industrialisierung Badens, über die Anhäufung von großen Vermögen in immer weniger Händen, über den schweren Existenzkampf der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten Badens, über das allmähliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate, über die erfreuliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zc. ohne weiteres ergeben, daß die badische Sozialdemokratie sich noch mehr ausdehnen wird. Unter den Beamten und Unterbeamten, unter den Kleinhandwerkern und Kleinbauern, wie überhaupt unter der bäuerlichen Bevölkerung nimmt ihre Ausbreitung zu. Schon heute befinden sich unter den eingeschriebenen Mitgliedern der badischen Sozialdemokratie Angehörige fast aller Berufsgruppen. Die sozialdemokratische Gefahr besteht aber nicht in der Auffassung, die Herr Wacker schon seit drei Jahren der Regierung, den öffentlichen Gewalten und den anderen bürgerlichen Parteien einreden will. Ihr Urheber hat sich nie bemüht, tiefer in das Wesen der modernen Arbeiterbewegung einzudringen, er wurde sich nie darüber klar, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren politischen, sozialen und gesellschaftlichen Mißständen und Ungerechtigkeiten der Boden ist, auf dem die Sozialdemokratie wachsen und gedeihen — muß. Für ihn hat es nie eine Rolle gespielt, daß die Sozialdemokratie eine geschichtliche Mission zu erfüllen hat, die ihr der Kapitalismus für die Gegenwart und nicht minder für die Zukunft aufgedrängt hat. Es war ihm immer und ist ihm heute noch gleichgültig, wie die Klassegegensätze, die sich täglich zwischen Besitzlosen und Besitzenden aufstun, einmal ihre Lösung finden sollen. Bekennt Herr Wacker doch in seiner, wiederholt erwähnten, im November 1911 im Badischen Beobachter erschienenen Artikelserie: „Zusammenbruch der Wacker-Politik betr.“, daß zur Zeit, als die Nationalliberalen das politische Leben Badens beherrschten, „niemand denken oder auch nur ahnen konnte, der Sozialdemokratie würde jemals ein solcher Einfluß eingeräumt werden, wie man es jetzt als Tatsache vor sich sähe“. Das ist eine politische Bankrotterklärung des Geisfl. Rats Wacker, eine sozialökonomische Kurzsichtigkeit, die er allerdings mit dem verstorbenen Bismarck, mit seinen Nachfolgern und mit anderen Staatsmännern — siehe den bayerischen Ministerpräsidenten Fhrn. v. Hertling — durchaus teilt. Wacker hat nicht das geringste Verständnis für die wirtschaftliche Seite der modernen Arbeiterbewegung; er versteht nichts vom praktischen Gewerkschaftskampf, er unterschätzt vollständig die friedliche und kulturell überaus wertvolle Arbeit der 2½ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Er ist nur Taktiker, und damit allein kommt der Politiker von heute, der der

Sozialdemokratie an den Krügen gehen will, nicht mehr aus. In seiner Ravensburger Rede greift er die sozialdemokratische Presse, unsere Wahlerfolge, die sog. Mitläufer und die jetzige Stellung der Sozialdemokratie im Staatsleben heraus und demonstriert daran unsere Gemeingefährlichkeit und die sozialdemokratische Gefahr in Baden. Wir prüfen in aller Sachlichkeit seine Argumente und kommen zu den folgenden Ergebnissen:

Die Presse. Die vier sozialdemokratischen Tageszeitungen Badens verfügen zusammen zurzeit über eine Abonnenzenzahl von 45 000. Da nachweislich viele sozialdemokratische Wähler und auch sonstige Staatsbürger — wie z. B. die in abhängiger Stellung befindlichen Staats- und Gemeindebeamten, Staats- und Kommunalarbeiter — die sozialdemokratische Presse nicht abonnieren können, aber gleichwohl ihre eifrigen Leser sind, da ferner in den Wirtschaften, Restaurants und Cafés die sozialdemokratischen Blätter zu den meist gelesenen Zeitungen zählen, darf man die sozialdemokratische Leserschaft Badens ohne weiteres auf 70 000 einschätzen. Sehr viele Abonnenten der politischen sozialdemokratischen Tagespresse sind aber auch gewerkschaftlich organisiert und gehören sonstigen Korporationen der modernen Arbeiterbewegung an. Es werden deshalb gelesen die Gewerkschaftsblätter, die Arbeiter-Turnzeitung, der Arbeiter-Radfahrer, der Arbeiter-Sänger, der Arbeiter-Stenograph, der Arbeiter-Abstinent, der Naturfreund, von den Frauen die Frauenzeitschrift Gleichheit usw. Dazu kommt die vielseitige Broschüren-Literatur, die gekauft und den Leihbibliotheken entnommenen Bücher, und man kann sich eine ungefähre Vorstellung machen, in wie hohem Maße die Arbeiterpresse in Baden an der politischen Aufklärung der badischen Staatsbürger, an der Vorbereitung zur wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse, an der kulturellen und geistigen Aufwärtsentwicklung der unteren Schichten des Volkes arbeitet. Für Herrn Wacker vollzieht sie allerdings nur — siehe Ravensburger Rede — einen unablässigen Vergiftungsprozeß an der Lebenskraft und Gesundheit des Volkes. Wir stellen dieser Behauptung gegenüber die unanfechtbare Tatsache, daß in den letzten Jahren an den in Baden begangenen Vergehen oder größeren Verbrechen sozialdemokratische Arbeiter soviel wie gar nicht beteiligt waren. Die sozialdemokratische Presse hat auch in Baden gar viele Rohheits- und andere Exzesse verhütet, ein Umstand, der sich natürlich nicht statistisch erfassen läßt. Wo die sozialdemokratische Presse hindringt, herrscht Kultur, Sitte und ein politisch und geistig reges Leben. Kann dies die Zentrums-
presse immer von ihrem Verbreitungsgebiet behaupten? — Herr Wacker spricht von einem gottentfremdeten, gottesfeindlichen Geschlecht, das in der Schule der sozialdemokratischen Presse heranwache. Gottesfurcht und Gottvertrauen sind nicht gleichbedeutend mit tiefer Sittlichkeit und hoher Moral; und niemand wird nachweisen können, daß in den sog. Zentrumsdomänen die Bewohner

im allgemeinen besser, sittlicher, moralischer und tugendhafter sind. Man kann sich überhaupt die sozialdemokratische Presse aus dem öffentlichen Leben Badens nicht mehr wegdenken. Sie ist gleichsam das politische Barometer in Baden; gewissenhaft redigiert bildet sie auch eine vorzügliche Nachrichtenquelle, und das badische Volk erfährt viele Dinge erst durch die Mannheimer Volksstimme, den Karlsruher Volksfreund, die Pforzheimer Freie Presse und die Freiburger Volkswacht. Auf diese Blätter trifft völlig zu, was die gut bürgerliche Zeitschrift Der Türmer vor mehreren Jahren über die sozialdemokratische Presse im allgemeinen sagte: „Es ist dahin gekommen, daß man der sozialdemokratischen Presse freiwillig ein Monopol auf die Aufdeckung und Kritik einer ganzen Reihe öffentlicher Mißstände eingeräumt hat und fort und fort weiter einräumt. Für den wahrheitsliebenden Leser ist es tatsächlich kaum noch möglich, sich ein Bild von den wirklichen Vorgängen und Zuständen auf gewissen Gebieten zu bilden ohne Zuhilfenahme der sozialdemokratischen Presse.“

Und der von Wacker behauptete Vergiftungsprozeß wird am besten widerlegt durch ein Gutachten des Leiters der Heidelberger Journalistenakademie, des Prof. Koch, in dem u. a. bezüglich des Unterhaltungstoffes unserer Presse bemerkt war: „Ich stehe nicht an zu erklären, daß die sozialdemokratische Presse, was das Feuilleton anlangt, entschieden auf einem höheren Standpunkt steht, als fast die gesamte bürgerliche Presse“. Was wollen diesen objektiven Urteilen gegenüber die Kleinlichen, giftigen Jeremiaden Wackers besagen?!

Die sozialdemokratischen Wahlerfolge. Auch Herrn Wacker hat das gewaltige Anwachsen der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen heillosen Schrecken eingejagt, deswegen die Besorgnis und die statistischen Nachweise, „daß in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag die Mehrheit bekommen kann.“ Und was dann? fragt Herr Wacker. Nun, dann muß sich eben die Gesetzgebung in fortschrittlicheren Bahnen bewegen, wie unter dem jetzigen Reichstagsregiment des schwarzblauen Blocks. Auch sonst wird sich die Demokratisierung aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen rascher vollziehen. Darin liegt aber keineswegs eine Gefahr für das Deutsche Reich; im Gegenteil wird erst dann den Interessen der Millionen Wähler der Sozialdemokratie diejenige Förderung zuteil, die sie auf Grund ihrer Zahl verlangen können, verlangen müssen. Er habe — so sagt Wacker — keine Antwort auf die Frage: Was dann? parat. Wir haben sie ihm im vorstehenden gegeben. Herr Wacker hat uns vor dem 12. Januar d. J. in einer Rede in Billingen 103 Mandate garantiert; wir bescheinigen ihm, daß er gut gerechnet hat. Und sind wir in 10 Jahren im Besitz von 140—150 Reichstags-Mandaten, dann steht das Deutsche Reich ebenfalls nicht vor dem Untergang. Bestätigt man doch dem jetzigen Reichstag — siehe Frankf. Ztg. vom 7. Juni 1912, Abend-

Blatt —, „daß die Sozialdemokratie die Hoffnungen des Abg. v. Heydebrand auf einen unfruchtbaren Reichstag zerstört habe; der neue Reichstag habe in seiner ersten Session sogar sehr fleißig und fruchtbar gearbeitet.“ Der badische Kollege des ostelbischen Junkers (in punkto politischer Scharfmacherei) dürfte also vergeblich versuchen, die politische Welt Badens mit den 140—150 Reichstagszügen zu schrecken.

Die Mitläufer bereiten Herrn Wacker besondere Schmerzen. Er nennt sie die traurigsten Elemente im politischen Leben. Es ist jedoch die Frage aufzuwerfen: Welche Partei besitzt die meisten Mitläufer? Herr Wacker meint, in der Sozialdemokratie sei die Sammelstelle für diese Sorte minderwertiger Wähler. Das ist nicht richtig. Wenn wir den Stül umdrehen und die Wahlstatistik sprechen lassen, dann bezeugen die 86 Mandate, die das Zentrum im Januar 1912 im ersten Wahlgang eroberte, daß die größte Schar der „traurigen Elemente“ bei der Zentrumspartei zu finden ist. Bevor ein Wähler den sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, hat er schon politisch denken gelernt. Viele Zentrumsanhänger fragen aber nach den politischen Grundfragen des Zentrums gar nichts, es genügt ihnen das Bewußtsein, daß das Zentrum die Religion schützt und verteidigt. Alles andere ist den Zentrums- und Mitläufern Nebensache. Und keine Partei in Deutschland dürfte es wagen, ihren Wählern das zu bieten, was sich das Zentrum an politischen und sozialen Verstößen gegen die Interessen seiner Wähler leistet. Herr Wacker würde also gut tun, in diesem Punkte weniger anklagend aufzutreten. Möge er sich das Bekenntnis zu Herzen nehmen, das im April 1903 die Westdeutsche Arbeiterzeitung, das Organ der katholischen Arbeitervereine, abgelegt hat. Es sagte:

„Der Kampf zwischen uns und der Sozialdemokratie wird mit zu ungleichen Mitteln geführt. Die Sozialdemokratie erzieht jeden ihrer Anhänger zu einem selbständigen, schlagfertigen, energischen Kämpfer, der überall und mit seltenem Geschick aus eigenem Antrieb die Agitation betreibt. Das ist es, was uns fehlt. Der große Unterlassungsfehler, der seit Jahrzehnten von uns begangen wurde, ist die Vernachlässigung der sozialen und politischen Schulung und Erziehung des katholischen Volkes.“

Hier spricht ein Wissender, Herr Wacker, denn es ist ja offenkundig, daß die sozialdemokratische Partei bezüglich der Agitation, der Abhaltung von öffentlichen und Vereinsversammlungen, der Verbreitung von politischer Aufklärung usw. von keiner anderen Partei Deutschlands übertroffen wird. — Herrn Wackers Bannfluch auf die Mitläufer ist aber auch noch unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts zu betrachten, denn der Strategie von Bähringen

will den Mitläufern das Wahlrecht nehmen, sobald sie — sozialdemokratisch wählen! Damit bekennt sich Herr Wacker als Gegner des Reichstags- und damit auch des Landtagswahlrechts. Da sich nicht unterscheiden läßt, welcher Wähler Mitläufer, welcher überzeugter Anhänger der politischen Partei ist, für die er seine Stimme abgibt, läuft Wackers Vorschlag auf einen Angriff auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auf die Entziehung desselben für alle Sozialdemokraten hinaus. Es ist eine Fronte sondergleichen, wenn der seinerzeitige energische Kämpfer für die Einführung des direkten Wahlrechts in Baden und für eine gerechte Wahlkreiseinteilung 20 Jahre später aus Angst vor der wachsenden Sozialdemokratie der Beseitigung oder wenigstens Beschneidung dieses Wahlrechts das Wort redet. Wir bitten unsere Freunde, sich das Ravensburger Geständnis des badischen Zentrumsführers für die beginnende Agitation zu den badischen Landtagswahlen recht gut einzuprägen. Man weiß ja längst, daß das Zentrum immer nur ein lauer Freund des Reichstagswahlrechts war. Die am 21. Mai 1912 im preußischen Abgeordnetenhaus fehlenden 43 Zentrumsabgeordneten, welche durch ihr Fernbleiben verschuldeten, daß die freisinnigen Wahlrechtsanträge mit einer Mehrheit von 30 Stimmen abgelehnt wurden, haben erneut bewiesen, daß es den preußischen Zentrumsabgeordneten gar nicht einfällt, dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen den verdienten Todesstoß zu geben. Herrn Wackers Sorge um die sozialdemokratischen Mitläufer bedeutet also in aller Form einen reaktionären Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht.

Wackers politische Scharfmacherei besteht zunächst in dem Vorschlag, in sämtlichen deutschen Bundesstaaten sogenannte Ueberwachungsämter für die sozialdemokratische Presse — zunächst auf drei Jahre — zu errichten. Herr Wacker will damit die Staatsanwälte und sonstige öffentliche Behörden zur Verfolgung unserer Presse anspornen. Dieses unsaubere Geschäft betreibt schon heute die Ruffhäuser-Korrespondenz und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit dem Erfolge, daß in der jüngst stattgefundenen Generalversammlung dieser Vereinigung konstatiert wurde: „Es ist schwer, in der Versuchung nicht zu unterliegen, die Flinte ins Korn zu werfen. Das Ergebnis des Wahlkampfes vom 12. Januar ist das Gegenteil von dem, was der Reichsverband erstrebt hat.“

Herr Wacker möchte auch wissen, wie viel Prozent unserer Stimmen von Mitläufern herrühren und demnach von den am 12. Januar abgegebenen $4\frac{1}{4}$ Millionen eigentlich abgezogen werden müßten. Diese Neugier ist vorläufig nicht zu befriedigen, da wir glücklicherweise beim Reichstagswahlrecht, ebenso beim Landtagswahlrecht geheime Stimmabgabe haben. Herr Wacker möchte ferner wissen, wie groß die Zahl der Beamten und Arbeiter ist, welche im Dienste des Reiches und des badischen Staates und im Dienste der Gemeinden

stehen und mit der Sozialdemokratie sympathisieren. Die Beamten möchte er ihren Behörden denunzieren und die Arbeiter nach den Grundsätzen behandeln, die das bayerische Ministerium Hertling gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahnerverband aufgestellt hat. Herr Wacker hat ganz vergessen, daß in den siebziger und achtziger Jahren im badischen Landtag und im deutschen Reichstag das Zentrum es scharf brandmarkte, wenn der Verdacht entstand, Beamte seien wegen ihres Bekenntnisses zur katholischen Religion verfehlt oder gar gemäßigelt worden. Heute ist das alles anders!

Herrn Wackers ganzer Haß gegen die linksstehenden Parteien ist aus der Frage zu erkennen, wie viele Volksschullehrer und Universitätsprofessoren auf der Seite der Sozialdemokratie stehen und trotzdem an der Erziehung und Heranbildung der heutigen Jugend arbeiten. Es besteht unter einsichtigen nichtzentrumlichen Politikern Badens gar kein Zweifel darüber, daß das badische Schulwesen nach rückwärts revidiert würde, falls wir eine klerikal-konservative Landtagsmehrheit bekämen. Nicht umsonst hat man auf dem vorjährigen Katholikentag in Mainz eine besondere Organisation zur Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule geschaffen. Herr Wacker möchte weiter auch die Gesinnung der vom Militär entlassenen Mannschaften kennen lernen; jedenfalls um zu wissen, ob bei einer „letzten Auseinandersetzung“ der bewaffneten Macht mit den sozialdemokratischen Volksmassen den letzteren gediente Soldaten zur Verfügung stehen. Der Zukunftstaktiker Wacker geht also aufs Ganze! Herrn Wacker beunruhigen auch noch die Millionen Mark, welche die sozialdemokratische Arbeiterwelt zur Führung ihrer politischen und wirtschaftlichen Kämpfe ausgibt. Er meint, diese Gelder hätte zum großen Teil die bürgerliche Gesellschaft zahlen müssen. Diese Auffassung zwingt uns zur Gegenfrage: Woher das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften die Mittel zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften nehmen? Herr Wacker müßte uns erst nachweisen, daß die vielen Sekretäre des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften, die es auch in Baden gibt, nur von den Mitgliederbeiträgen bestritten werden. Es ist doch bekannt, daß im Rheinland, in Westfalen und in Schlesien die reichen Gönner der Zentrumsache sitzen, und im Ruhrrevier ist es offenes Geheimnis, daß die Taktik des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter — seine Nichtbeteiligung am letzten Bergarbeiterstreik — beeinflusst wurde durch den Umstand, daß viele Gruben und Bergwerke sich in den Händen von namhaften Zentrumsangehörigen befinden. Gibt uns also Herr Wacker darüber Aufschluß, dann sind auch wir zu weiteren Auskünften gern bereit. Wir haben nichts zu verbergen; die Abrechnungen der Gewerkschaften, ebenso die Abrechnungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden stets auf den in aller Deffentlichkeit tagenden Gewerkschaftskongressen und Parteitagungen gegeben. Herr Wacker möchte dann noch seine inquisitorischen Untersuchungen auf die

Landtagswahlen in den einzelnen Bundesstaaten und auf die Gemeindevahlen ausgedehnt wissen. Dann erst käme man zur Ueberzeugung, daß gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr große Besorgnis am Platze sei.

Die Schlußfolgerung.

Wir haben in den vorhergehenden Kapiteln die wirtschaftliche Gliederung der badischen Bevölkerung, die Zunahme der Fabriken und Industriebetriebe, das Anwachsen der Industriearbeiterschaft und die Veränderung der sozialen Struktur des badischen Landes geschildert. Wir wiesen nach, wie sich analog dieser Verhältnisse und der Umwandlung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat auch in Baden die Arbeitererschaft politisch und wirtschaftlich organisiert hat, wie die badische sozialdemokratische Arbeiterbewegung entstanden, herangereift und zum mitbestimmenden Faktor im politischen und sozialen Leben Badens geworden ist. Wir fragen nun: Worin besteht die sozialdemokratische Gefahr? Wir machen gewiß kein Geheimnis daraus, daß es unser Ziel ist, die politische Macht zu erringen, deren wir bedürfen, um unsere Grundsätze durchzuführen zu können. Aber wir suchen diese Macht — wie bisher — auf dem Wege der ständigen Propaganda und der andauernden Aufklärung über unsere Ziele auf friedlichem Wege und innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetze zu erreichen. Und der Landtagsabgeordnete Edm. Rebmann, der derzeitige Führer der badischen Nationalliberalen, hat nur eine Binsenwahrheit ausgesprochen als er am 17. Dezember 1911 in einer öffentlichen liberalen Versammlung in Freiburg sich über die Tätigkeit der Sozialdemokraten wie folgt äußerte:

„Wenn man mit diesen Männern zusammenkommt, wenn man beobachtet, wie emsig und fleißig sie arbeiten in der Gemeinde, im Parlament, in Kommissionen und den verschiedenen Körperschaften, wenn man sie Tag für Tag an der Arbeit sieht in kleinen und großen Dingen, da muß man fragen, wo bleibt der Umsturz?“

Wo bleibt der Umsturz? so fragen auch wir. Auf der anderen Seite laufen aber Herrn Wackers politische Schlußfolgerungen nur auf die Anwendung von Gewalt hinaus. Den Kampf mit geistigen Waffen hat Herr Wacker und mit ihm das badische Zentrum in die Kumpelkammer geworfen. Wacker will uns die gesamte Staatsmacht, den großen Regierungsapparat, die Justiz, die Polizei und nicht zuletzt das Militär auf den Hals hegen. Mit voller Absicht behandelt er in jedem seiner Vorträge die sozialdemokratische Gefahr, wohl wissend, daß er damit an gewissen Stellen noch immer Eindruck macht und daß man dann um so eher bereit ist, Wackers dunkle Pläne in die praktische Wirklichkeit zu übertragen. Er verfährt nach dem Grundsatz: Steter Tropfen höhlt doch den Stein! Deswegen verdient Wackers Vorgehen gegen

uns die ernsteste Beachtung, weil seine neueste Taktik gegen die Sozialdemokratie zu einer wirklichen Gefahr für das politische Leben Badens geworden ist.

Die Landtagswahlen von 1913

sollen dieser Zentrumsstaktik weitere Erfolge bringen. Herr Wacker will die Sozialdemokratie mandatsmäßig schwächen und politisch isolieren. In einem Ende Mai d. Js. in der Köln. Volkszeitung erschienenen Artikel berechnet er, daß der Sozialdemokratie bei den nächsten Landtagswahlen die Hälfte ihres jetzigen Besitzstandes, also 10 Mandate abgenommen werden können. Er stützt sich auf die Tatsache, daß nur in 10 Kreisen von den 20, welche die Sozialdemokratie in der 2. Kammer vertritt, mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf unsere Partei gefallen sind. Und zwar im

| Wahlkreis | Jetziger Mandatsinhaber | Proz. der abgegebenen Stimmen |
|----------------------|-------------------------|-------------------------------|
| Pforzheim-Land | Stoßinger | 70 |
| Mannheim I | Geiß | 67 |
| Mannheim V | Sißkind | 65 |
| Mannheim II | Kramer | 62 |
| Karlsruhe IV | Kolb | 61 |
| Karlsruhe I | Dr. Frank | 59 |
| Pforzheim II | Geß | 58 |
| Ettlingen-Rastatt | Schwall | 54 |
| Durlach-Stadt | Weber | 53 |
| Mannheim-Schwezingen | Bechtold | 53 |

Das sind die sichereren Wahlkreise; an ihnen will Herr Wacker seine Taktik nicht ausprobieren, weil er weiß, daß sie versagt. Anders ist es bei den nachfolgenden 10 Wahlkreisen, die erst in der Stichwahl 1909 gewonnen wurden und in denen weniger als 50 Prozent der Stimmen auf die Sozialdemokratie entfielen:

| Wahlkreis | Jetziger Mandatsinhaber | Proz. der abgegebenen Stimmen |
|---------------------|-------------------------|-------------------------------|
| Lahr-Stadt | Monisch | 47 |
| Lörrach-Stadt | Rösch | 45 |
| Bruchsal-Durlach | Kurz | 44 |
| Karlsruhe III | Willi | 43 |
| Heidelberg-Wiesloch | Pfeiffle | 43 |
| Schwezingen | Kahn | 39 |
| Lörrach-Land | Breitenfeld | 37 |
| Heidelberg-Eberbach | Maier | 34 |
| Freiburg II | Kräuter | 33 |
| Schopfheim-Schönau | Müller | 32 |

In diesen Kreisen will Wacker das schon bei der Reichstagswahl angewandte Rezept wirken lassen, d. h. das Zentrum unterstützt bedingungslos jeden Konservativen, Rationalliberalen oder Fort-

schriftlichen Volksparteiler, der sich wegen des Mandates im Kampfe mit der Sozialdemokratie befindet. Die Pforzheimerei mit ihrer korrumpierenden Wirkung auf das politische Leben Badens soll auch auf die Landtagswahlen übertragen werden. Dadurch hofft Wacker zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er will erstens der Sozialdemokratie eine Anzahl Mandate abnehmen und damit ihre Bedeutung in der Kammer herabdrücken; zugleich will er sie politisch isolieren und auf diese Weise ihren heute zweifellos vorhandenen großen Einfluß eindämmen. Zweitens glaubt er dadurch dem ihm so verhassten Großblock den Todesstoß versetzen zu können, denn er kalkuliert: Gewinnen die Nationalliberalen und Linksliberalen durch das Zentrum Mandate, besteht für sie keine Veranlassung mehr, den Großblock mit der Sozialdemokratie abzuschließen. Auf den Trümmern des Großblocks soll dann die neue konservativ-zentristische Herrschaft in Baden aufgebaut werden; denn für sich allein bildet der liberale Block trotz etwaiger Mandatsgewinne keine Mehrheit, die Sozialdemokratie erst recht nicht, und so erlebt die Wacker'sche Taktik ihre glänzendsten Triumphe.

Herr Wacker hofft auch, daß bis zum Herbst 1913 das ihm so unsympathische Ministerium Bodman den Laufpaß erhalten wird und die neuen Männer dem schwarzblauen Landtagskartell gut gewogen sind.

Der Wacker'sche Plan wäre verflucht gescheit, wenn nicht auch die beteiligten antizentristischen Parteien etwas zu sagen hätten. Zunächst sind der Sozialdemokratie 10 Mandate sicher, dann erreicht sie bei der Hauptwahl 1913 in noch einigen Kreisen mehr als 30 Prozent der abgegebenen Stimmen, das bedeutet weiteren Mandatsgewinn. Ferner fällt ihr trotz etwaiger antisozialistischer Koalition noch im zweiten Wahlgang der eine oder der andere Sitz zu, und endlich hat sie schon in Pforzheim I bereits 43 und in Ettlingen-Pforzheim 40 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, so daß auch diese zwei Kreise eventl. für die Sozialdemokratie gewonnen werden können und einen Verlust — herbeigeführt durch die Wacker-Taktik — wieder ausgleichen. Die Lehren der verfloßenen Reichstagswahl sprechen gleichfalls nicht für den sicheren Erfolg des Wacker'schen Vorschlags. Denn am 12. Januar 1912 haben die sozialdemokratischen Stimmen um 25 Proz. zugenommen, die des Rechtsblocks (Konservative und Zentrum) aber nur um 1 Proz. Der liberale Block hat sogar einen Verlust an Stimmen um 1 Proz. erlitten. Erfolgt das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen im Herbst 1913 nur annähernd im gleichen Tempo, dann muß die Wacker'sche Rechnung sofort auf eine andere Basis gestellt werden.

Nun drängt Herr Wacker aber auch die Nationalliberalen und Linksliberalen in eine Rolle, die diesen Parteien jedenfalls nicht behagen wird; schwerlich wird sich der liberale Block durch den Bähringer Strategen ohnmächtig und in der Kammer einflußlos machen

lassen. Seine siebenjährige Arbeit zur Fernhaltung der Zentrums-herrschaft in Baden wäre damit völlig nutzlos gewesen.

So schlau ausgeklügelt also der fertige Kriegsplan des Zähringer Strategen ist, so bestehen doch viele Möglichkeiten, ihn zu durchkreuzen, sollte es selbst die Möglichkeit sein, daß nach dem Vorbilde Bayerns die linksstehenden Parteien sofort im ersten Wahlgange gegen die konservativ-zentrümliche Koalition zusammengehen. Das des näheren hier auszuführen, ist nicht Aufgabe dieses Schriftchens. Mit Erfolg haben bisher die politischen Gegner des Zentrums alle Wackerschen Attentate auf die freiheitliche Fortentwicklung Badens vereitelt; es ist zu hoffen, daß Herr Wacker wie schon 1905 und 1909 auch beim Abschluß der Landtagswahlen von 1913 bekennen muß: Wieder nicht gelungen!

Der Einfluß der Sozialdemokratie in der Kammer.

Auf einem der letzten Parteitage der badischen Sozialdemokratie erklärte der Referent über die Landtagswahlen, „daß kein Gesetz den badischen Landtag verlasse, das nicht in der einen oder anderen Form den recht sichtbaren Stempel der praktischen Mitarbeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion trage“. In diesen kurzen Satz ist die gesamte Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Kommissionen und im Plenum zutreffend zusammengefaßt. In der Tat war die sozialdemokratische Landtagsfraktion mehr wie das bekannte Zünglein an der Waage; sie war vielfach führend, sehr häufig aber anregend und vor allem stets vorwärts drängend. Sie hat auch die badische Regierung wiederholt gezwungen, klipp und klar über ihre Stellung zur Sozialdemokratie Farbe zu bekennen. Im nachstehenden seien die Urteile zweier Minister wiedergegeben, die für diese Behauptung beweiskräftiges Zeugnis ablegen. Am 23. Februar 1904, als sechs Sozialdemokraten in der Kammer saßen, führte der vor einigen Jahren verstorbene

Minister Schenkel

aus: „Die Sozialdemokratie ist zu einem großen Teil eine berechnete, aus gesunden Motiven hervorgegangene Bewegung; ich möchte daher ihre Vertreter hier im Hause nicht missen. Die Bewegung will eine Vertretung schaffen für die unteren Schichten unseres Volkes, für diejenigen, die von der Hand in den Mund leben und nicht viel Kapital besitzen. Dies ist aber keineswegs eine ungegliederte und gleichartige Masse von Armen oder gar etwa ausschließlich von Fabrikarbeitern, sondern eine ungemein verschiedenartig zusammengesetzte breite Schicht unserer Bevölkerung. Die Sozialdemokraten, namentlich eine Anzahl hervorragender Führer, Leute, die aus unserer Schicht, aus der Schicht der höheren Gebildeten und der Kapitalisten hervorgegangen sind, haben die sozialen Bedürfnisse dieser großen, vielgliederten Schicht ergründet, sie haben verstanden, zum großen Teil die Angehörigen derselben um sich zu scharen,

und sie haben daraus eine bei den Wahlen in Deutschland große Erfolge erzielende Partei geschaffen. Diese Partei hat an sich eine durchaus richtige und erstrebenswerte Aufgabe, nämlich die, die unteren Schichten unseres Volkes nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch in ihrer Kultur weiter emporzuheben, eine Aufgabe, die naturgemäß nur langsam zum Erfolge führen kann.“ Herr Schenkel hatte mit Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion manchen leidenschaftlichen Zusammenstoß; um so beachtlicher ist das vorstehend abgedruckte Urteil, das er nicht ohne reifliche Ueberlegung gefällt haben dürfte. — Der vor zwei Jahren verstorbene Finanzminister Honsell hat in einer seiner wenigen Reden, die er gehalten, weil seine Amtsdauer infolge der schweren Krankheit nur eine kurze war, bemerkt, „daß er die sachliche, von großen Gesichtspunkten geleitete Arbeit der Sozialdemokratie durchaus anerkenne.“ Ausführlicher äußerte sich über die Sozialdemokratie beziw. über die moderne Arbeiterbewegung — nachdem die Sozialdemokratie 20 Vertreter in der Kammer hatte — der jetzige

Minister Frhr. v. Bodman.

In einer Polemik gegen den Vertreter des Zentrums in der 1. Kammer, gegen den Frhrn. v. Stözingen, sagte er in der vorletzten Sitzung der „durchlauchtigsten Herren“ in der Session 1909/10, am 13. Juli 1910: „Wenn Freiherr von Stözingen die Sozialdemokratie als eine Krankheit bezeichnet hat, und gesagt hat, der Revisionismus sei eine schleichende Krankheit, die noch gefährlicher sei als die akute, so möchte ich demgegenüber sagen: die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlechthin als eine Krankheit bezeichnen. Sie ist in ihren Zielen, soweit sie auf Abschaffung der Monarchie und auf die Umgestaltung unserer ganzen Gesellschaft, auf die Bergesellschaftung des kapitalisierten Eigentums usw. gehen, gewiß zu bekämpfen und kann in einem gewissen Sinne als utopistisch und vielleicht auch als Krankheit bezeichnet werden. Sie ist aber außerdem eine großartige Arbeiterbewegung zur Befreiung des vierten Standes, zur Emporhebung der großen Massen der Arbeiter, die mitarbeiten wollen im Staatsleben, die sich betätigen wollen, und in dieser Beziehung muß man ihnen entgegenkommen.“ Und endlich darf noch ein ganz unverdächtiger Zeuge für den starken Einfluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, und zwar aus allerneuester Zeit, zitiert werden. Es ist —

Herr Wacker

selbst. In dem schon erwähnten Artikel über seine Taktik bei den nächsten Landtagswahlen sagt er, allerdings nicht, um der Sozialdemokratie Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sondern um seine in den übrigen Kapiteln dieser Schrift genügend gekennzeichneten politischen Absichten zu stützen, Ende Mai 1912 in der Köln. Volkszeitung: „Wie es kommt, daß die Sozialdemokratie mit ihrem star-

fen Viertel der Mandate die ganze Kammer beherrschen kann und tatsächlich beherrscht, ist auch außerhalb Badens bekannt und braucht hier nicht erörtert zu werden.“

Der Entscheidungskampf zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie.

Auch in sozialdemokratischen Parteikreisen hat man sich lange gegen die Erkenntnis gesträubt, daß der „letzte Kampf“ zwischen uns und dem Zentrum auszufechten sein wird. Man wollte nicht zugeben, daß die Macht der Kirche und ihrer politischen Vertretung, des Zentrums, größer sei, wie die des organisierten Kapitalismus und seiner staatlichen Sachwalter. Nun ist die Frage aber nicht so zu stellen: Zentrum und Sozialdemokratie, sondern christlich verbrämte kapitalistische Staatsgewalt im Kampfe gegen die große Masse des Volkes, die in der Sozialdemokratie ihre politische und soziale Vertretung erblickt. Kirche und Zentrum bedienen sich der gesamten staatlichen Machtmittel (Bürokratie, Schule, Kirche, Heer usw.) und der Staat selbst ist froh, im Kampfe gegen den Umsturz die skrupellosen Hilfstruppen zu finden. Im Gegensatz zu Frankreich lautet in Deutschland der Schlachtruf des Klerikalismus: Mit dem Staat gegen den Sozialismus, während er in unserem Nachbarstaate seine Kampfesfront gegen den Staat und gegen den Sozialismus richtet. In diesem Sinne erklärte auch der Redakteur *Cunow* vom *Vorwärts* in seiner Besprechung des Mainzer Katholikentages im August 1911 in der *Neuen Zeit*, der offiziellen wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie: „Nicht mit dem preußischen Junkertum, sondern mit dem Zentrum wird der große Entscheidungskampf zwischen dem Sozialismus und der alten Weltordnung ausgefochten werden.“ Im Süden und Südwesten Deutschlands ist tatsächlich der Entscheidungskampf zwischen uns und dem Zentrum schon entbrannt.

Nach Bayern Baden.

Die bayerischen Spuren schrecken! Die badische Sozialdemokratie darf nicht länger im Zweifel sein, daß nach dem Hertling'schen Bayern das ehemalige liberale Musterländle derjenige Bundesstaat sein wird, in welchem das Zentrum unter Ausbietung seiner ganzen organisatorischen Kräfte zum entscheidenden Schlage gegen die Sozialdemokratie ausholt. Wenn wir es selbst nicht glauben wollten, so hat es uns zunächst Herr Wacker durch seine Taktik bei den verfloffenen Reichstagswahlen bewiesen, dann aber noch deutlicher und unerbüllter der Rechtsanwalt und Stadtrat *Trunk*, der bekannte Führer der Karlsruher Zentrumspartei, welcher sich in einer Zentrumsversammlung, die kurz vor dem 12. Januar 1912 zur konservativen Kandidatur v. Gemingen im Kreis Karlsruhe Stellung nahm, darüber äußerte:

„Wir haben von jeher gewußt, daß unser Schluß- und Hauptkampf fallen wird mit der Sozialdemokratie, und wir haben uns von jeher darauf eingerichtet. Diejenigen Leute, die unsere Organisation kennen, die wissen ganz genau, daß wir seit Jahren und Jahrzehnten alles darauf abgestellt haben, um den uns drohenden Haupt- und Entscheidungskampf mit der Sozialdemokratie nicht nur wagen, sondern bestehen zu können.“

Wir haben also die Bestätigung aus Gegners Mund, daß wir den schärfsten Kampf zu erwarten haben. Ja noch mehr, wir stehen schon mitten in diesem Kampfe.

Die Formen des Kampfes.

Es würde zu weit führen, wollten wir versuchen, die Formen des Kampfes zwischen uns und dem Zentrum zu schildern. Nur einige Andeutungen seien gegeben: Im Landtage werden sich die bestehenden politischen Gegenätze zwischen Zentrum und Sozialdemokratie schärfer zuspitzen; die Verbindung mit den Konservativen wird inniger, und die Versuche, die Rechtsnationalliberalen in das reaktionäre Kartell einzubeziehen, werden häufiger sein. Der Regierung wird man ob ihrer Haltung zum Großblock noch gründlicher wie bisher auf die Finger sehen und sie auf den Weg der Ausnahmebehandlung der Sozialdemokratie drängen. In höfischen Kreisen spinn man die geheimen Fäden enger, damit jeder Minister beseitigt wird, der sich den Plänen der konservativ-kerikalen Hoffamarilla widersetzt. Wenn bis jetzt „nicht alles gelang“, so ist das kein Beweis, daß es immer so sein wird. — Draußen im Lande betreibt die Zentrums-*pre*ssse immer skrupelloser die vergiftende Agitation gegen die Sozialdemokratie; der religiöse und politische Fanatismus, den die Zentrumsblätter so vorzüglich nähren, indem sie eine den Gegner belastende Tatsache, wenn es ihnen notwendig erscheint, hundertmal wiederholen, wird noch heftiger gegen uns entflammt. Der Volksverein für das katholische Deutschland mit seinen rund 56 000 Mitgliedern in Baden, der Windthorstbund, die katholischen Männervereine und die vielen anderen Organisationen des Zentrums und der Kirche stellen sich in den Dienst zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt stachelt man die christlichen Gewerkschaften zum Kampfe gegen die freien Organisationen auf, um die Aufmerksamkeit von den Differenzen zwischen der Köln-Frankfurter und der Berliner Richtung — die zu überschätzen verfehlt sein würde — abzulenken. Endlich werden auch die kathol. Geistlichen zum Ansturm auf die „sozialdemokratische Gefahr“ verpflichtet werden, und im heiligen Kampfe um die höchsten Güter der Religion und der katholischen Kirche werden sie die Kanzel und den Beichtstuhl auch künftig unentbehrlich finden, obgleich Herr Wacker selbst im Jahre 1900 im Bad. Beobachter noch feststellte, „daß die Wahl eines Sozialdemokraten für die wichtigsten Rechte der Kirche weit

weniger gefährlich sei, als die eines Nationalliberalen“, und der Landtagsabg. Kohl in der bayerischen Abgeordnetenkammer ausrief: „Er betrachte die Wahl von vielen Sozialdemokraten als eine Vorkehrung, damit der Kulturkampf nicht wieder auflebe.“ Vergessen sind jetzt alle Prinzipien des Zentrums von ehemals, auf Kampf, unerbittlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie ist die Zentrumstaktik der Gegenwart in Baden eingestellt.

Unsere Aussichten.

Das Zentrum führt einen Verzweigungskampf; zu erobern vermag es nicht mehr, sondern nur noch zu verteidigen. Es muß sich auf die Erhaltung seines Besitzes an Mandaten und Stimmen beschränken, während die Sozialdemokratie sich immer in der Rolle des Angreifenden befindet. Die Welt des Materialismus hat die Grundlagen unterwühlt und unterhöhlt, aus denen das Zentrum die nötigen Kräfte für seinen Fortbestand zog und noch zieht. In politischer Beziehung gibt es für das Zentrum nur noch den Anschluß an die am weitesten rechts stehenden Parteien, wie dies Herr Wacker kurz vor den Reichstagswahlen auf der Tagung des Augustinus-Vereins in Köln rückhaltlos ausgesprochen hat. Damit verliert es langsam, aber sicher das Vertrauen, das ihm breite Schichten des Volkes noch heute entgegenbringen. Ein solcher Prozeß vollzieht sich nicht von heute auf morgen; er braucht Zeit, aber die Tendenz dieser Entwicklung ist klar erkennbar.

Anders gestalten sich die Aussichten der Sozialdemokratie. Für sie arbeiten ihre sieghaften Ideen und alle Elemente des politischen und sozialen Fortschritts. Ihre Organisationen befinden sich in voller Blüte; sie bilden bereits einen Staat im Staate. Das rasende Vorwärtstreiben des Kapitalismus auf allen Gebieten, die technischen Umwälzungen mit ihren fast täglich neuen Erfindungen und Entdeckungen, die zahlreichen Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschungen und die sonstigen unendlich vielen geistigen Strömungen auf Kultivierung und Veredelung der Menschen und der Menschheit, die sich in den Dienst der Aufklärung stellen, — sie alle fördern, ob gewollt oder ungewollt, die stetige Ausbreitung der Sozialdemokratie, das allmähliche Eindringen der sozialistischen Gedanken in immer weitere Kreise der badischen, der deutschen Bevölkerung. Der große Entscheidungskampf zwischen uns und dem Zentrum, zwischen dem Neuen und dem Alten, dem werdenden und dem überlebten kann nur enden mit dem Siege des Sozialismus. Wir erwarten diesen Kampf, weil er unausbleiblich ist!



August Bebel:

Aus meinem Leben. 1. Band, gebunden 2 Mk.

2. Band, gebunden 3 Mk.

Die Frau und der Sozialismus. 50. Aufl., geb. 3 Mk.

Eduard Bernstein:

Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution. Gebunden 4 Mk.

Der Revisionismus in der Sozialdemokratie.
Brotschiert 75 Pfg.

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.
Brotschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Von der Sekte zur Partei. Brotschiert 80 Pfg.

Dr. Georg Gradnauer:

Verfassungsweisen und Verfassungskämpfe in Deutschland. Gebunden 3 Mk.

Gerhard Hildebrand:

Sozialistische Auslandspolitik. Brotschiert 60 Pfg.

Karl Kautsky:

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil. Gebunden 2 Mk.

Vorläufer des neueren Sozialismus. Gebunden 3 Mk.

Dr. Franz Mehring:

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters.
Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende.

1. Teil 1.25 Mk., 2. Teil 1.25 Mk.; beide Teile
zusammen gebunden 2.50 Mk.

Buchhandlung der Volkswacht Sche Breibiger- und Lindenstr. **Freiburg**
Wir empfehlen:

Preis pro Heft 10 Pfennig. **In** Erscheint jeden Sa

Freien Stunde

Eine Wochenschrift
Romane und Erzählungen
für das arbeitende Volk.

Heines Werte

□
Herausgegeben u. eingeleitet
von Dr. Franz Mehring.

□
Drei Bände nur 4 Mark.

Die Waffe niede

Eine Lebensgeschichte
Bertha von Sutt

□
Volksausgabe für
0.80 Mk.,

Verband nach auswärts nur gegen Nachnahme oder vorherige Einse